



Mannheim gestalten



Etatrede des Vorsitzenden der CDU-Gemeinderatsfraktion
Stadtrat Carsten Südmeren zum Doppelhaushalt 2014/15

Mannheim, 19. November 2013



**Carsten
Südmeren**

Fraktionsvorsitzender

CDU-Gemeinderatsfraktion Mannheim

E 5 Rathaus

Postfach 10 30 51

68030 Mannheim

Tel.: 0621-293-2190

Fax: 0621-293-9440

Internet: www.cdu-mannheim.de

1	Rahmenbedingungen für den Haushalt 2014/2015	1
1.1	Einleitung	1
1.2	Keine Neuverschuldung, Schuldenabbau fortsetzen	3
1.3	Gewerbesteuerentwicklung	4
1.4	Grundsteuersenkung	5
1.5	Investitionen haben weiter Vorrang	5
1.6	Ergebnis Glückstein-Quartier verbessern	7
1.7	Personalkostensteigerungen	9
1.8	Haushaltsstrukturprogramm	10
1.9	Zusammenfassung : Eckwerte der CDU-Gemeinderatsfraktion	11
1.10	Zuschüsse an städtische Gesellschaften/Eigenbetriebe	12
1.11	Bund entlastet die Stadt	13
1.12	Land lässt Mannheim im Stich	15
2	Wirtschaft	17
3	Nachhaltige Stadtentwicklung	19
3.1	Konversionsflächen	19
3.1.1	Turley-Barracks	20
3.1.2	Spinelli-Barracks	21
3.1.3	Taylor-Barracks	21
3.1.4	Hammonds-Barracks	22
3.1.5	STEM-Barracks	22
3.1.6	Class III Point	23
3.1.7	Coleman-Barracks	23
3.1.8	Benjamin-Franklin Village, Sullivan- und Funari-Barracks	23
3.2	Ziele für den Wohnungsbau	24
3.3	Innenstadtentwicklung	25
3.4	Stadtteilzentren	26
4	Wissenschaft	29
4.1	Hochschul- und Wissenschaftsstadt Mannheim	29
4.2	Duale Hochschule	30

4.3	Erhalt der Medizin-Fakultät	30
4.4	Erhalt der Musikhochschule	31
4.5	Bildungszentrum der Bundeswehr	31
5	Bildung	32
5.1	Schulsystem verändert sich	33
5.2	Sanierung und Ausbau	34
5.3	Außerschulische Bildung	35
5.4	Berufsbildendes Schulwesen – Stiefkind der Schulpolitik	36
6	Jugend.....	37
6.1	Ausbau der Betreuungseinrichtungen.....	37
6.2	Sonstige Jugendarbeit	39
6.3	Kinder- und Jugendhilfe	39
7	Sicherheit und Sauberkeit	41
7.1	Sicherheit und Ordnung	41
7.2	Kommunaler Ordnungsdienst	42
7.3	Videoüberwachung	44
7.4	Alkoholmissbrauch.....	45
7.5	Sicherheit im Straßenverkehr	46
7.6	Sauberkeit.....	47
8	Kulturpolitik	48
9	Sozialpolitik	51
9.1	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	52
9.2	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II	53
9.3	Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler	53
9.4	Sonstige soziale Hilfen	54
10	Integration – Neue Herausforderungen	54

11	Verkehr	55
11.1	Herausforderungen zukünftiger Verkehrspolitik.....	55
11.2	Straßeninstandhaltung	56
11.3	Ausbau des Radwegenetzes	57
11.4	Optimierung der innerstädtischen Verkehrsinfrastruktur.....	58
11.5	Brückensanierungen.....	58
11.6	Optimierung des Autobahnnetzes auf Mannheimer Gemarkung.....	59
11.7	ÖPNV – Trassenoptimierung in unserer Stadt	59
11.8	S-Bahn Rhein-Neckar stärkt das Oberzentrum Mannheim.....	60
11.9	Stärkung des Bahnknotens Mannheim.....	61
11.10	Hafen- / Wasserstraßenausbau.....	62
12	Sport.....	63
12.1	Vereine fördern und Ehrenamtliche unterstützen	63
12.2	Sportstättenentwicklung	63
12.3	Energiekosten und Pflegezuschüsse für Vereinssportanlagen.....	64
12.4	Sportstättenkonzepte für Mannheim und einzelne Stadtteile.....	65
12.5	Weiterentwicklung der Bäderkonzeption	65
12.6	Freizeitsport, Vereinsgebundenen Breitensport und Hochleistungssport	66
12.7	Sport auf Konversionsflächen.....	66
12.8	Schulsport	66
12.9	Internationale Sportveranstaltungen.....	67
13	Schlussbemerkung	68

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren!

1 Rahmenbedingungen für den Haushalt 2014/2015

1.1 Einleitung

Die gesamtwirtschaftlich gute Entwicklung in Deutschland kommt den Kommunen spürbar zugute, dass konnten wir in den letzten beiden Jahren feststellen und auch der Haushaltsplan 2014/2015 basiert auf positiven Prognosen hinsichtlich Wirtschaftswachstum und Steueraufkommen für die nächsten beiden Jahre. Im Gegensatz zu den letzten Jahren sollten Verwaltung und Gemeinderat sich eigentlich über die positive Haushaltsentwicklung freuen und nicht wieder in das jahrelange Jammern über zusätzliche Aufgaben, steigende Kosten, zu hohe Schulden und unsichere Einnahmen verfallen. Die seriöse Finanzpolitik der CDU in den letzten Jahren und vor allem das von der CDU beantragte und durchgesetzte Neuverschuldungsverbot haben sich bewährt.

Der Haushaltsplanentwurf ist geprägt von den Entscheidungen des Gemeinderates der letzten Jahre. Es gibt noch immer viel abzuarbeiten, die Sanierung unserer Schulen geht ebenso wie der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen weiter und die Entwicklung der Konversionsflächen hat höchste Priorität für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Diese Flächen in die Stadt zu integrieren kostet viel Geld und ist keine rein städtische Aufgabe. Die Stadt Mannheim hat den Prozess zu organisieren und die notwendige Infrastruktur zu finanzieren, ebenso ist sie verantwortlich für die Planung der Flächen und die Festlegung ihrer Nutzung. Aber nirgendwo steht geschrieben, dass wir alle Flächen selbst kaufen und somit das finanzielle Risiko tragen. Bei kleineren Flächen wie Turley, Taylor und Teilen von Spinelli sind wir den Weg des Kaufs und der vorrangigen Entwicklung durch die Stadt mitgegangen, bei den nun anstehenden Großprojekten Benjamin-Franklin und Coleman werden aber Kaufpreise aufgerufen, die jeden finanziellen Rahmen sprengen. Die Hinzunahme privater Investoren ist für diese beiden Konversionsprojekte ein absolutes Muss.

In den kommenden Jahren hat der Haushalt der Stadt Mannheim weitere zusätzliche Belastungen zu bewältigen, weil in der Vergangenheit die Sanierung unseres Gebäudebestandes und unserer Infrastruktur stark vernachlässigt wurde. Allein 73 Mio. Euro müssen in den nächsten Jahren in unsere Schulen investiert werden, der Neubau des Technischen Rathauses wird ebenso zum finanziellen Kraftakt wie die Verlegung der Hauptfeuerwache und die Generalsanierung des Nationaltheaters.

Der Gemeinderat muss also sparsam mit den verfügbaren Mitteln umgehen und Rücklagen für die vor uns stehenden Aufgaben bilden. Die Eröffnungsbilanz zeigt, dass wir gute Chancen haben diese Aufgaben zu bewältigen. Die Bilanzsumme beträgt 2,3 Mrd. Euro und der Blick auf das Basiskapital (Vermögen - Rücklagen - Rückstellungen - Sonderposten - Rechnungsabgrenzungsposten - Verbindlichkeiten) weist einen Betrag von 1,1 Mrd. Euro aus, das kann sich durchaus sehen lassen. Dieser Wert ist bei vielen Kommunen unserer Größe, vor allem in Nordrhein-Westfalen, deutlich geringer und bei einigen sogar negativ.

Die Investitionen im Haushaltsplan 2014/2015 liegen bei 206,4 Mio. Euro, das ist Rekordniveau. Zwischen 2003 und 2013 lag der jährliche Durchschnitt nur bei ca. 90 Mio. Euro pro Jahr und wir schließen beide Haushaltsjahre ohne Neuverschuldung mit 14,5 Mio. Euro Überschuss in 2014 und 24,5 Mio. Euro Überschuss in 2015 ab. Der Sparstrumpf der Stadt Mannheim, die „Allgemeine Rücklage“ wächst von 123 Mio. zu Beginn des Jahres 2014 auf 162 Mio. im Jahr 2016 an.

Aus dieser Rücklage müssen zukünftige Investitionen, die noch nicht im Haushalt abgebildet sind, wie beispielsweise die Bundesgartenschau im Jahr 2023, finanziert werden. Bei einem voraussichtlichen städtischen Anteil von 60 bis 70 Mio. Euro haben wir also Sorge zu tragen, dass für die nächsten 10 Jahre jährlich zwischen 6 und 7 Mio. Euro an Rücklage allein für die BUGA angespart werden.

Die Diskussion um die BUGA hat trotz des positiven Bürgerentscheides eines deutlich gezeigt: Die Arbeit der Stadtverwaltung und des Gemeinderates darf sich in der öffentlichen Wahrnehmung nicht vorrangig über Großprojekte definieren. Ob die Rosengartenerweiterung, die SAP Arena, Sanierung und Neubau der Kunsthalle oder die Bundesgartenschau, alles waren und sind wichtige und richtige Projekte für

die Entwicklung unserer Stadt. Wir bekommen aber eine hohe Akzeptanz der Bürgerschaft nur dann, wenn wir auch in den Dingen unsere Hausaufgaben gemacht haben, die für die Bürger in unserer Stadt tagtäglich spürbar sind. Neben dem Zustand unserer Schulen sind deshalb vor allem die Infrastruktur in den Stadtteilen, der bauliche Zustand unserer Straßen und Plätze und das Sicherheits- und Sauberkeitsempfinden unserer Bürger zu nennen.

Weitere Großprojekte wie die Kulturhauptstadtbewerbung oder der nach wie vor von der Verwaltung verfolgte Plan des Baus eines „Zentrums für Darstellende Künste“ sind nicht finanzierbar. Deshalb lehnen wir diese entschieden ab.

1.2 Keine Neuverschuldung, Schuldenabbau fortsetzen

Nachdem zu Zeiten einer bürgerlichen Mehrheit im Mannheimer Gemeinderat in den Jahren 2006 bis 2009 die Kämmereischulden um fast 80 Mio. Euro auf 449 Mio. Euro reduziert wurden (bei einem Gesamtschuldenstand von 648 Mio. Euro), konnte in den Jahren 2010 und 2011 bedingt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise eine Zunahme der Kämmereischulden in Höhe von ca. 68 Mio. Euro verzeichnet werden, abzüglich der Tilgung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte in Höhe von ca. 21 Mio. Euro wurde am Ende des Jahres 2011 mit 695 Mio. Euro ein Rekordschuldenstand erreicht. Im sehr erfolgreichen Jahr 2012 wurden die Kämmereischulden um ca. 21 Mio. gesenkt, 2013 steigen sie abermals um ca. 7 Mio. Euro an, wenn alle Kreditermächtigungen in Anspruch genommen werden. Aus Sicht der CDU besteht dazu kein Anlass. Die Kreditermächtigungen für 2012 und 2013 dürfen nicht in Anspruch genommen werden.

Der Oberbürgermeister schafft es auch in den nächsten beiden Jahren nur unter Hinzunahme der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung aufzustellen. Die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte waren Ausnahmegenehmigungen für besondere Belastungen, wie beispielsweise der Sparkassenskandal oder der Bau der SAP Arena. Sie unterliegen einer festgelegten jährlichen Tilgung. Betrachtet man rein die Kämmereischulden, so ist in den kommenden vier Jahren ein Anstieg um 22 Mio. Euro von 502 Mio. Euro auf 524 Mio. Euro zu verzeichnen. Diese Entwicklung muss aufgehalten werden, da wir ansonsten nach dem Wegfall der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte wieder eine jährliche Zunahme der Neuverschuldung zu verzeichnen hätten.

Die CDU-Fraktion setzt sich daher für einen deutlich stärkeren Abbau des Schuldenstandes in den nächsten Jahren ein. Ergebnisverbesserungen wie die der vergangenen Jahre dürfen nicht weiter ausgegeben werden sondern sind in die Schuldentilgung zu stecken. Ein weiterer Anstieg der Kämmereischulden muss unbedingt verhindert werden.

1.3 Gewerbesteuerentwicklung

Die CDU Fraktion hatte bei den letzten Etatberatungen beantragt die Ansätze für die Gewerbesteuer von 264 Mio. Euro um 2 Mio. Euro für 2012/13 und 5 Mio. Euro für 2014/2015 höher anzusetzen als es die Verwaltung vorgeschlagen hatte. Die rot-rot-grüne Mehrheit lehnte dies jedoch ab und bezeichnete dies als Luftbuchungen. Das Ergebnis der Haushaltsjahre 2012 und 2013 mit 401,5 Mio. Euro und 265 Mio. Euro zeigt jedoch, dass wir mit unserem Antrag mehr als Recht hatten, selbst wenn man für 2012 die 109 Mio. Euro Rückstellungen abzieht.

Für die nächsten beiden Haushaltsjahre hat die Verwaltung aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung die Ansätze auf 301 Mio. Euro in 2014 und 311 Mio. Euro in 2015 gesetzt, die Finanzplanung sieht ein Anstieg des Gewerbesteuer-aufkommens in 2016 auf 316 Mio. Euro und 314 Mio. Euro in 2017 vor.

Im Gegensatz zum letzten Doppelhaushalt spiegelt sich nun die positive Prognose des Wirtschaftswachstums für die nächsten vier Jahre auch in der Kalkulation des Gewerbesteueraufkommens wieder. Die jüngste Steuerschätzung des Bundes vom November 2013 kommt zu noch optimistischeren Prognosen für die Zukunft.

Dennoch ist der Gewerbesteuerhebesatz in Mannheim viel zu hoch. Die rot-rot-grüne Mehrheit hat den Hebesatz bei den letzten Etatberatungen von 415 auf 430 Hebesatzpunkte erhöht, dem höchsten Satz im Land Baden-Württemberg. Dies ist insbesondere im Vergleich zu mit uns konkurrierenden anderen Großstädten ein Wettbewerbsnachteil für unsere Stadt. Das Ziel der SPD-Fraktion durch erhöhte Steuereinnahmen die Verschuldung zu reduzieren wurde deutlich verfehlt.

Wir halten an der mittelfristigen Zielsetzung der Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer auf sogar 400 Hebesatzpunkte fest, sehen aber für diese Haushaltberatungen leider keinen Spielraum für eine Gewerbesteuersenkung. Dies hätte zusätzliche Kreditaufnahmen und eine Erhöhung der sogenannten „Kämmereischulden“ zur Folge, was es wie bereits ausgeführt zu verhindern gilt.

1.4 Grundsteuersenkung

Die rot-grüne Mehrheit im Mannheimer Gemeinderat hatte im März 2010 den Hebesatz der Grundsteuer B von 400 auf 450 Hebesatzpunkte erhöht. Zusätzlich hatte das Land die Grunderwerbssteuer nach der letzten Landtagswahl um 30% erhöht, was der Stadt Mannheim im Haushalt 12 Mio. Euro Mehreinnahmen jährlich bescherte. Die strategischen Ziele der Stadt beinhalten auch die Förderung von Wohneigentum, beide Steuererhöhungen sind dafür kontraproduktiv. Die Erhöhung der Grundsteuer war und ist zudem unsozial und belastet alle Bürger dieser Stadt als Eigentümer direkt oder als Mieter indirekt. Die CDU wird bei den Etatberatungen beantragen, den Hebesatz von derzeit 450 Hebesatzpunkten auf 425 zu senken. Dies führt zu Steuersenkungen für die Mannheimer Bürger in Höhe von ca. 3,4 Mio. Euro pro Jahr.

1.5 Investitionen haben weiter Vorrang

Der Gemeinderat hat in den letzten Jahren ein umfangreiches Investitionsprogramm auf den Weg gebracht. In die Sanierung der Schulgebäude ist seit dem Jahr 2002 über 200 Mio. Euro geflossen und der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen seit 2011 schlägt mit über 50 Mio. Euro zu Buche. In den letzten beiden Jahren wurden auch Investitionen im Straßen- und Brückenbau von über 60 Mio. Euro angestoßen auch wenn das bei weitem noch nicht ausreichend ist. Die Sanierung des Altbaus der Kunsthalle hat uns über 22 Mio. Euro gekostet und der städtische Anteil des Neubaus wird mindestens 10 Mio. Euro betragen.

Für den Doppelhaushalt 2014/2015 und die Finanzplanung 2016/2017 sind folgende Investitionen geplant:

• Schulsanierung, Brandschutz, Betriebsmittel	ca. 73 Mio. Euro
• Straßen- und Brückenbaumaßnahmen	ca. 52 Mio. Euro
• Feuerwehr, Neubau und Ausrüstung	ca. 50 Mio. Euro
• Stadtentwicklung, inkl. Glückstein-Quartier	ca. 57 Mio. Euro
• Krippen- und Kindergartenausbau	ca. 22 Mio. Euro
• Wirtschaftsförderung	ca. 15 Mio. Euro
• Sporteinrichtungen	ca. 9 Mio. Euro
• Kultureinrichtungen	ca. 8 Mio. Euro
• Radwegenetz	ca. 7 Mio. Euro

Diese Liste kann sich von den Beträgen her durchaus sehen lassen, geht man jedoch ins Detail, so ergibt sich aus unserer Sicht Korrekturbedarf bei folgenden Haushaltsansätzen:

- Für die Innenentwicklung des Stadtteils Käfertal sind jeweils 1 Mio. Euro für die beiden Haushaltsjahre vorgesehen. Die angestoßenen Projekte der ebenerdigen Querung der B38 und die Umgestaltung am Stempelpark mit der Schaffung neuer Parkplätze durch ein Parkdeck sowie die Sanierung des Rathauses sind dabei im Haushalt zu berücksichtigen.
- Für die Baumaßnahmen im Radwegenetz sind 5 Mio. Euro für einen Radweg in der Bismarckstraße vorgesehen. Dies führt zu einer weiteren Verschlechterung des jetzt schon zeitweise prekären Verkehrsflusses am innerstädtischen Ring und in der Reichskanzler-Müller-Straße und steht in keinem Verhältnis zu den anderen Investitionen im Radwegenetz, das teilweise in einem erbärmlichen Zustand ist.
- Einige Investitionsmaßnahmen im Schulbereich müssen auf den Prüfstand gestellt werden, da der Oberbürgermeister die Schließung weiterer Werkrealschulen angekündigt hat. Die zukünftige Schullandschaft ab dem Jahr 2020 ist in einem ersten Schritt festzulegen, so dass die Investitionen auch an der richtigen Stelle getätigt werden. Vor allem fehlen uns für die Geschwister-Scholl-Schulen und alle Berufsschulen Haushaltsansätze, die dem dringend erforderlichen Investitionsbedarf Rechnung tragen.
- Für die Generalsanierung des Nationaltheaters sind keine Haushaltsmittel eingestellt.
- Für die Sanierung der maroden GBG-Blöcke in der Untermühlaustraße sind 3,7 Mio. städtischer Zuschüsse vorgesehen, gleichzeitig beschäftigen wir uns mit Wohnungsbaufragen rund um die Konversionsflächen und reißen dort in naher Zukunft Wohnblöcke ab, die sich in einem bereits sanierten Zustand befinden. Auf einen Teil dieser Sanierung sollten wir verzichten.
- Für den Gebäude- und Straßenunterhalt sind die Mittel zwar um 2,8 Mio. Euro angehoben worden, dies ist jedoch in Anbetracht des schlechten Zustands vieler Straßen nur ein Tropfen auf den heißen Stein.
- Die Zuschüsse an Vereine für den Sportstättenbau sind aufgrund eines CDU-Antrages auf 1 Mio. Euro für 2014 erhöht worden, für 2015 sind jedoch nur noch 400.000 Euro im Haushaltsplan vorgesehen. Dies ist in Anbetracht des

Sanierungsstaus nicht auskömmlich. Deshalb werden wir die Erhöhung des Ansatzes auf 1 Mio. Euro beantragen.

- Die Sanierung des Meeräckerplatzes im Lindenhof haben wir schon mehrfach beantragt und vor Jahren auch schon mal beschlossen. Wieder sind keine Mittel im Haushalt dafür vorgesehen.
- Ein Neubau oder die Sanierung des Technischen Rathauses findet sich im Haushaltsplanentwurf nicht wieder, zumindest hätten wir mit Planungskosten für dieses Projekt gerechnet.

Der Investitionshaushalt der Stadt Mannheim befindet sich vom Volumen her bereits am Anschlag. Der Gemeinderat muss in den Haushaltsberatungen Prioritäten setzen welche Projekte im Rahmen des geplanten Investitionsvolumens für die nächsten Jahre Vorrang haben.

1.6 Ergebnis Glückstein-Quartier verbessern

Das Projekt Glückstein-Quartier beschäftigt uns im Gemeinderat nun schon seit vielen Jahren und ist in den letzten beiden Jahren deutlich vorangekommen. Es ist unbestritten, dass es sich hierbei um ein wichtiges Stadtentwicklungsprojekt handelt. Im vorgelegten Haushaltsplan sind erstmals der gesamte finanzielle Umfang des Projektes und seine finanziellen Auswirkungen für die Stadt Mannheim ablesbar. Die Grundstücksgeschäfte, die die Stadt Mannheim im Rahmen des Projektes Glückstein-Quartier getätigt hat, schlossen mit einem Plus von 16,8 Mio. Euro ab. Aus diesem Überschuss müssen im Idealfall die Infrastrukturmaßnahmen finanziert werden. Der Zuschussbedarf der anderen Projektteile übersteigt aber den Überschuss aus den Grundstücksgeschäften um ein Vielfaches. Die Planung schließt mit einem Defizit von 0,9 Mio. Euro ab, die Verlegung der Südtangente mit minus 17,3 Mio. Euro, die Arbeiten an der Bahninsel mit minus 7,8 Mio. Euro, der Betriebshof mit minus 4,2 Mio. Euro, die Gestaltung von Plätzen mit minus 16,3 Mio. Euro und die Bodenarbeiten mit einem Minus von 8,2 Mio. Euro. In Summe wurden und werden 38 Mio. Euro aus dem städtischen Haushalt in dieses Projekt gesteckt. Addiert man dazu noch den Etatansatz von 31 Mio. Euro für den Neubau der Feuerwache hinzu, so wird die Stadt in Summe 70 Mio. mehr Ausgaben als Einnahmen für das Projekt Glückstein-Quartier aufgewendet haben. Da für die

Verlegung der Feuerwache aber ein Gesamtvolumen von ca. 55 Mio. Euro kalkuliert wurde, wird sich dieser Verlust noch auf über 90 Mio. Euro erhöhen.

Wir fordern deshalb, dass alle möglichen Maßnahmen getroffen werden um das Ergebnis dieses Projektes für die Stadt Mannheim zu verbessern:

- Die drei Baufelder, die für das Land reserviert sind, um ggf. einen Neubau der Dualen Hochschule vorzunehmen, werden mit marktüblichen Preisen kalkuliert und in den Haushalt eingestellt. Ein Verkauf an das Land Baden-Württemberg findet nur zu marktgerechten Konditionen statt.
- Die vorgesehene Wohnbebauung am Rande des Glückstein-Quartiers wird wie ursprünglich vorgenommen realisiert.
- Der Lokscheunen und das Werkstattgebäude sind so zu überplanen, dass Einnahmen für die Stadt Mannheim entstehen. Es kann nicht sein, dass die Stadt bei diesen Gebäuden nochmal Millionen investiert, um sie einer kulturellen oder bürgerschaftlichen Nutzung zuzuführen.

Finanziell ist dieses Projekt ein absolutes Desaster für die Stadt Mannheim, selbst ohne die Verlegung der Feuerwache. Die Gründe müssen intensiv aufgearbeitet werden. Im weiteren Projektverlauf sind alle möglichen Maßnahmen zur Einnahmeverbesserung zu ergreifen. Wir gehen davon aus, dass für die ca. 18.000 Quadratmeter der Baufelder 1-3 mindestens der in der Beschlussvorlage 061/2013 kalkulierte Verkaufserlös für die Nutzung als Bürohausstandort in Höhe von 400 Euro pro Quadratmeter erzielt werden kann, was uns als sehr gering erscheint. Legt man diesen Preis zugrunde, dann könnte man zumindest ca. 7 Mio. Euro für diese Flächen Erlösen. Eine Einnahmeposition für diese drei Baufelder im Haushalt haben wir bisher nicht gefunden und auch Nachfragen blieben erfolglos.

Wenn die Stadt Mannheim bei der Entwicklung der Konversionsflächen die gleichen Fehler macht wie beim Projekt „Glückstein-Quartier“, dann stehen wir finanziell in Kürze mit dem Rücken an der Wand.

1.7 Personalkostensteigerungen

Die Personalkosten haben einen wesentlichen Anteil am Ergebnishaushalt. Die Personalaufwandsquote lag in den letzten Jahren zwischen 25 und 26 % und wird im Plan bis 2017 auf 26,4% ansteigen. Dies klingt nicht viel, macht aber bei einem Gesamtergebnishaushalt von ca. 1,1 Mrd. Euro eine absolute Steigerung von ca. 40 Mio. Euro zwischen 2012 und 2017 aus, im Vergleich zum Jahr 2008 haben sich dann die Personalkosten sogar um 80 Mio. Euro erhöht. Der „Löwenanteil“ der Personalkostensteigerungen ist durch die Tarifabschlüsse und neuer kommunaler Aufgaben, beispielsweise bei der Kinderbetreuung begründet.

Aber es gibt auch hausgemachte Gründe für zusätzliche und teilweise überflüssige Personalkosten und Defizite in der Personalausstattung in Bereichen die jahrelang vernachlässigt wurden.

Wir sehen Diskussions- und gegebenenfalls Korrekturbedarf bei folgenden Ansätzen:

- Das Projekt Kulturhauptstadt 2025 ist zu beenden, was jährlich zu einer Einsparung von ca. 550.000 Euro führt. Neben der BUGA kann sich die Stadt in den nächsten Jahren kein zweites Projekt dieser Größenordnung leisten.
- Die Change Projekte sind auf das zwingend erforderliche zu reduzieren, nach Jahren des Wandels muss auch mal ein Zeitraum der Konsolidierung folgen.
- Die alleinigen Organisationsentscheidungen des Oberbürgermeisters hinsichtlich der Spaltung des Jugend- und Personalamtes dürfen keine zusätzlichen Personalkosten verursachen.
- Die mittlerweile zahlreichen Stabsstellen müssen auf ihre Notwendigkeit überprüft werden und sind ggf. zu reduzieren.
- Der kommunale Ordnungsdienst ist seit Jahren personell unterbesetzt. Hier erwarten die Bürger von uns deutlich mehr als wir leisten können. Wir werden zumindest das Budget für die vom Gemeinderat genehmigten aber im Haushaltsplan nicht berücksichtigten vier Stellen beantragen.
- Die Stadtreinigung kann mit der derzeitigen personellen Ausstattung nicht das Sauberkeitsbedürfnis der Bürgerschaft befriedigen. Die im Haushaltsplan vorgesehene Budgeterhöhung von 300.000 Euro ist nicht ausreichend. Wir werden beantragen den Ansatz um weitere 500.000 Euro zu erhöhen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und der städtischen Betriebe leisten hervorragende Arbeit für das Gemeinwohl in unserer Stadt. Deshalb wäre es töricht, sie nur als einen Kostenfaktor zu beurteilen. Der Nutzen für die Bürgerschaft Mannheims ist entscheidend und dieser ist hoch und soll es auch in der Zukunft bleiben, effizient, leistungsstark und bürgernah das interessiert mehr als nationale Auszeichnungen und internationale Resonanz.

1.8 Haushaltsstrukturprogramm

Der Oberbürgermeister hat in seiner Etatrede ein neues Haushaltsstrukturprogramm mit Verbesserungen von 15 Mio. Euro jährlich ab 2017 angekündigt, dieses jedoch noch nicht mit Maßnahmen unterlegt. Wir sind gespannt, welche Einsparvorschläge uns die Verwaltung hierfür unterbreiten wird.

Im Rückblick auf das bisherige Haushaltsstrukturprogramm möchte ich einige wenige Anmerkungen machen:

- Die damals eingeplanten Verbesserungen aus der Aufgabe der Schulstandorte Sickinger-Schule und Theodor-Heuss-Schule und der Vermarktung der freigewordenen Flächen für den Wohnungsbau sind noch nicht realisiert und werden hinter den ursprünglich veranschlagten Einnahmen deutlich zurückbleiben. Gleiches gilt für den Verkauf des städtischen Teils des Collini-Centers.
- Die Verbesserungen im Sozialbereich, vor allem bei der Eingliederungshilfe, konnten ebenfalls nicht erzielt werden.
- Die zahlreichen kleineren Maßnahmen führten zu langen, teilweise unerträglichen Diskussionsprozessen und die Verwaltung musste beispielsweise bei der Beckenheizung oder der Aufgabe der Sportanlage des 48er Platzes einen Rückzieher machen. Nachhaltige Einsparungen wurden kaum erzielt.
- Die geplanten Einsparungen bei der Stadtreinigung in Höhe von 400.000 Euro oder dem Nationaltheater von 1 Mio. Euro konnten nicht erbracht werden.

Alles in allem kann das bisherige Haushaltsstrukturprogramm nicht als sonderlich erfolgreich bezeichnet werden, die avisierten 22 Mio. Euro wurden nicht erreicht, daran ändern auch die grünen Ampeln in den Berichten nichts.

Die CDU wird sich einem neuen Haushaltsstrukturprogramm nicht verschließen, wenn es sich um nachvollziehbare Einsparungen handelt, die das strukturelle Defizit im Haushalt beseitigen können. Wir schlagen vor, bei den Personal- und Sachkosten in den nächsten vier Jahren zumindest 3 Mio. Euro pro Jahr einzusparen. Damit wäre für das neue Haushaltsstrukturprogramm zumindest ein Anfang gemacht.

1.9 Zusammenfassung : Eckwerte der CDU-Gemeinderatsfraktion

Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat es sich bei diesen Etatberatungen zum Ziel gesetzt, den von der Verwaltung eingebrachten Haushaltsplanentwurf im Ergebnis nicht zu verschlechtern. Durch die bisherigen Beschlüsse des Gemeinderates und dem ausgabenintensiven Pflichtbereich ist der Spielraum nicht allzu hoch. Die Anträge der CDU-Gemeinderatsfraktion werden ein Volumen von ca. 26 Mio. Euro für die nächsten vier Jahre haben, Verschlechterungen und Verbesserungen werden sich dabei für den Doppelhaushalt die Waage halten.

Dies wollen wir durch folgende Maßnahmen erreichen:

- Vermarktung der noch nicht belegten Baufelder des Glückstein-Quartiers und Erzielung von Mehreinnahmen in Höhe von ca. 7 Mio. Euro
- Reduzierung des geplanten Personal- und Sachkostenaufwands von 2014 bis 2017 um 3 Mio. Euro p.a.
- Verzicht auf den Radweg Bismarckstraße bringt 3,5 Mio. Euro Einsparung
- Verzicht auf die Hälfte der Sanierung der GBG-Blöcke in der Untermühlaustraße bringt in Summe eine Verbesserung von 1,2 Mio. Euro
- die Schließung des Kulturhauptstadtbüros verbessert den Haushalt um 550.000 Euro jährlich

Zusammenfassung der Veränderungsvorschläge der CDU am Haushaltsplanentwurf:

Veränderungen HH-Plan	2014	2015	2016	2017	Summe
Grundsteuersenkung	3.400.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000	13.600.000
Stadtreinigung Personal	500.000	500.000	500.000	500.000	2.000.000
Zuschüsse Kulturbereich	50.000	100.000	100.000	100.000	350.000
KOD Personal	200.000	200.000	200.000	200.000	800.000
Investitionen Sportanlagen		600.000	600.000	600.000	1.800.000
Investitionen Schulbereich	250.000	1.000.000		1.000.000	2.250.000
Straßensanierung	500.000	750.000	750.000	750.000	2.750.000
Investitionen Käfertal Zentrum	300.000	1.700.000			2.000.000
Meeräcker- und 48er Platz	150.000	200.000			350.000
Summe Verschlechterungen	5.350.000	8.450.000	5.550.000	6.550.000	25.900.000
Baufelder Glückstein Quartier		2.000.000	2.000.000	3.000.000	7.000.000
Reduzierung Personalkosten	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	4.000.000
Reduzierung Sachkosten	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	8.000.000
Radweg Bismarckstrasse	1.000.000	2.500.000			3.500.000
Untermühlaustrasse	800.000	400.000			1.200.000
Kulturhauptstadt	550.000	550.000	550.000	550.000	2.200.000
Summe Verbesserungen	5.350.000	8.450.000	5.550.000	6.550.000	25.900.000

Mit den Vorschlägen der CDU-Gemeinderatsfraktion wäre es somit möglich, die Grundsteuer zu senken und einige zusätzliche Investitionsschwerpunkte zu bilden ohne den Haushalt 2014/2015 insgesamt zu verschlechtern.

1.10 Zuschüsse an städtische Gesellschaften/Eigenbetriebe

Der freiwillige Bereich der Ausgaben der Stadt Mannheim ist neben den Investitionen durch die Zuschüsse an städtische Gesellschaften oder Eigenbetrieb gekennzeichnet, die wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge wahrnehmen.

Dies sind vor allem die Betriebskostenzuschüsse für:

- das Nationaltheater ca. 32,6 Mio. Euro/Jahr
- die Reiss-Engelhorn-Museen ca. 7,0 Mio. Euro/Jahr
- die Kunsthalle ca. 3,9 Mio. Euro/Jahr
- das Technoseum ca. 3,4 Mio. Euro/Jahr
- die Stadtpark GmbH ca. 5,8 Mio. Euro/Jahr
- und das Kongresszentrum m:con ca. 4,7 Mio. Euro/Jahr

Im Haushaltsplanentwurf 2014/2015 sind zwei Erhöhungen besonders auffällig. Zum einen die bereits beschlossene Erhöhung des Zuschusses für das Mannheimer Nationaltheater von bisher 30,9 Mio. Euro jährlich auf 32,6 Mio. Euro und die Erhöhung des Zuschusses beim Kongresszentrum um 1 Mio. Euro pro Jahr.

Der Wirtschaftsplan und die Finanzplanung des Nationaltheaters sahen für die nächsten fünf Jahre deutlich höhere Zuschüsse vor als die, die sich im Haushaltsplan wiederfinden. Auch wir sind der Meinung, dass sich das Nationaltheater bemühen muss mit dem jetzigen Zuschuss die nächsten fünf Jahre zurechtzukommen. Für eine weitere Erhöhung sehen wir zurzeit keinen Spielraum.

Die Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für die m:con ist richtig und wichtig und hängt einzig und allein mit der Rosengartenerweiterung zusammen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die m:con aus dem laufenden Geschäft nicht in der Lage ist Zins und Tilgung für die 56 Mio. Euro umfassende Investition aus eigener Kraft zu erbringen und auch noch die jährlich erforderlichen Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen zu tätigen. Wenn wir wollen, dass unser Kongresszentrum weiterhin in der ersten Liga mitspielt ist diese Zuschusserhöhung dringend erforderlich.

Der gesamte Zuschussbereich an Dritte hat ein Volumen von 137 bis 140 Mio. Euro jährlich. Hier vermischen sich aber Pflichtaufgaben im Sozial- Jugend- oder Bildungsbereich mit freiwilligen Aufgaben für Kultur, Sport oder Wirtschaftsförderung.

1.11 Bund entlastet die Stadt

Durch die Konjunkturpakete des Bundes konnte die Stadt Mannheim insbesondere wichtige energetische Sanierungen an Schulen durchführen. 14 Mio. Euro Bundesmittel konnten in Mannheim investiert werden. Dies war in den Jahren der Finanzkrise ein wichtiger Beitrag für die Kommunen und die Betriebe, die ihre gut ausgebildeten Mitarbeiter halten konnten.

Vertreter der CDU-Gemeinderatsfraktion trafen 2011 gemeinsam mit den Vertretern anderer Großstädte unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, um mit ihr die finanziellen Probleme der Städte zu diskutieren. Wir haben uns gegenüber der Kanzlerin klar gegen eine Abschaffung oder Einschränkung der Gewerbesteuer und für die uneingeschränkte Umsetzung des Konnexitätsprinzips sowie für eine auskömmliche Finanzausstattung der Städte ausgesprochen. Merkel versprach, dies in die zuvor unter der Leitung von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble gebildete Gemeindefinanzkommission einzubringen. Diese hatte die Aufgabe zu prüfen, welche Möglichkeiten von Seiten des Bundes bestehen um insbesondere die

größeren Städte finanziell besser zu stellen und dabei die Steuerungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten.

Die Ergebnisse der Kommission und deren Umsetzung durch die Bundesregierung können sich sehen lassen und sind im aktuellen Haushaltsplanentwurf an vielen Stellen sichtbar:

- Das Gewerbesteuerhebungsrecht der Gemeinden bleibt dauerhaft erhalten. Und dies entgegen der Horrorszenarien, die einige Vertreter der anderen Seite des Gemeinderates gemacht haben.
- Der Bund übernimmt ab 2014 zu 100% die Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Dies bedeutet für Mannheim eine Entlastung von 20 Mio. Euro pro Jahr. Da diese Aufwendungen steigen, steigt auch die entsprechende Entlastung für die Stadt.
- Das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes entlastet den städtischen Haushalt um 7 Mio. Euro jährlich. Es war richtig, dass die Stadt Mannheim in der Vergangenheit verschiedene Leistungen zur Teilhabe an sozialen und kulturellen Leben (z. B. Vereinsbeiträge) für bedürftige Kinder aus städtischen Mitteln finanziert hat. Nach Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets ist es wichtig, dass eine Doppelförderung durch die Stadt ausgeschlossen wird. Die über 400.000 Euro städtische Mittel für das Maxx-Ticket im sogenannten Familienpass Plus waren seit Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Jahr 2011 unnötig, da die Beförderungskosten durch den Bund übernommen werden.
- Die Bundesregierung arbeitet seit 2012 intensiv daran, die Eingliederungshilfe zu reformieren. Ziel ist es, die Leistungen für Menschen mit Behinderung in ein eigenes Bundesleistungsgesetz zu überführen. Den Hauptteil der Kosten sollen dann nicht mehr die Kommunen sondern der Bund tragen. Bundesweit sind die Ausgaben der Eingliederungshilfe zwischen 2007 und 2011 um 27,58 % von 11,29 auf 14,4 Mrd. Euro gestiegen. Durch Maßnahmen der Sozialverwaltung fällt in Mannheim die Steigerung mit 24,27 % im gleichen Zeitraum zwar geringer aus, dennoch sind für 2014 49,8 Mio. Euro und für 2015 52,1 Mio. Euro im Haushalt eingeplant. Wir erwarten, dass in den Koalitionsverhandlungen die Umsetzung des Bundesleistungsgesetzes und die Entlastung der Kommunen Priorität haben.

1.12 Land lässt Mannheim im Stich

Mannheim, und vor allem die Schüler in unserer Stadt müssen die Suppe auslöffeln, die ihnen die Landesregierung mit Ihrem Bildungschaos eingebrockt hat. Auch nach dem Rücktritt von Gabriele Warminski-Leitheußer wird der falsche Weg fortgeführt. Aufgrund des Wegfalls der verbindlichen Grundschulempfehlung und dem damit einhergehenden veränderten Schulwahlverhalten ist eine sichere Prognose für den Schulträger Stadt Mannheim nicht möglich. Ist eine Werkrealschule aufgrund des Wahlverhaltens - zumeist der Eltern - in der fünften Klasse noch einzügig, können sie aufgrund der Herunterstufung in den Klassen sieben oder acht zwei- oder sogar dreizügig werden. Neben den Problemen für die Stadt erzeugt dies überforderte und frustrierte Schüler. Der Oberbürgermeister sieht aufgrund der aktuellen Anmeldezahlen bei den fünften Klassen dringenden Handlungsbedarf mehrere Werkrealschulen zu schließen. Die grün-rote Landesregierung hat dieses Chaos ausgelöst. Jetzt kann die rot-grüne Mehrheit im Gemeinderat Schulen schließen. Dies kann und wird die CDU so nicht mittragen. Wir erwarten von der Stadtverwaltung ein zukunftssicheres Gesamtkonzept unserer Schullandschaft von der Grundschule über die weiterführenden Schulen bis zu den Berufsschulen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion unterstützt den Oberbürgermeister wenn er die Einhaltung des Koalitionsvertrages bei der Förderung des Nationaltheaters einfordert. Hier zitiere ich den Oberbürgermeister gerne: „Wir müssen zum Thema Theaterfinanzierung zu neuen Vereinbarungen mit dem Land Baden-Württemberg kommen, die sich auch aus der Koalitionsvereinbarung der Landesregierung von 2011 zur Förderung von Kultur und Theatern ableiten. Dort ist das Nationaltheater Mannheim explizit neben Stuttgart und Karlsruhe erwähnt.“ Von der Leistungsfähigkeit kann unser Haus mit den Staatstheatern mithalten. Es kann nicht sein, dass die Stadt Mannheim das Theater mit 30 Mio. Euro und das Land lediglich mit 13,2 Mio. Euro fördert. Gerade die Landtagesabgeordneten, die diesem Gemeinderat angehören, hatten in der Vergangenheit angekündigt, dass die finanzielle Ausstattung des Nationaltheaters an die der Staatstheater angepasst würde.

Beim Straßenbau hat die neue Landesregierung die Mittel drastisch gekürzt. Dies bedeutet für Mannheim, dass größere Projekte, wie die zur Entlastung von sieben Stadtteilen dringend erforderliche Westtangente, weiter verschoben werden. Auch

die Entlastung Seckenheims vom Durchgangsverkehr kann nur über den Bau der Ladenburger Brücke geschehen. Aber eine grün-rote Landesregierung bedeutet keine guten Zeiten für einen Brückenbau. Obwohl die planerische Baureife vorliegt, wird auch dieses wichtige Projekt nicht umgesetzt.

Die vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg beabsichtigte Schließung des klassischen Kernbereichs und der massiven Reduzierung der Studienplätze an der staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Mannheim gefährden die Existenz der Musikhochschule Mannheim. Die immer noch aktuellen Pläne der Landesregierung gehen weit über die Einsparungsvorschläge in den „Beratenden Äußerungen“ des Rechnungshofes Baden-Württemberg hinaus. Die Anregungen des Landesrechnungshofes werden von der Wissenschaftsministerin fehlinterpretiert und kontraproduktiv im Hinblick auf den kulturpolitischen Bildungsauftrag ausgelegt. Den von der Landesregierung beabsichtigten Kuhhandel mit der Aufwertung der Popakademie bei gleichzeitiger Schließung des Kernbereichs der Musikhochschule machen wir nicht mit. 70.000 Unterschriften gegen die Pläne der Landesregierung sollten mehr als eine bloße Gesprächsbereitschaft der Landesregierung erzeugen. Die Pläne zur Schließung des klassischen Kernbereichs müssen vom Tisch. Die rot-grünen Politiker vor Ort, auch die Landtagsabgeordneten, bekunden Ihre Solidarität mit der Musikhochschule, jetzt müssen sie ihren Worten auch Taten folgen lassen.

Auch um unser Universitätsklinikum muss man sich aufgrund von Aussagen der Wissenschaftsministerin Sorgen machen. Die Eigenständigkeit unserer Medizinischen Fakultät ist ernsthaft bedroht. Dass die Universität Heidelberg hier aus unterschiedlichen Gründen die Eigenständigkeit in Frage stellt, sind wir gewohnt. Neu ist, dass eine Bedrohung der Fakultät aus der Landesregierung heraus erfolgt. Damit wären nicht nur viele hochwertige Arbeitsplätze gefährdet. Auch die Krankenversorgung würde sich erheblich verschlechtern und sie würde als Motor der Medizintechnologie ausfallen. Vom Imageschaden für Mannheim ganz zu schweigen. Wir erwarten, dass nicht nur der Oberbürgermeister sich für den jetzigen Bestand der Fakultät intensiv einsetzt, sondern wir fordern vor allem die drei Mannheimer Landtagsabgeordneten auf, bei der verantwortlichen Ministerin und im zuständigen Ausschuss die Interessen Mannheims energisch zu vertreten.

Die „Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Mitwirkung“ ist ein strategisches Ziel der Stadt. Der freiwillige Polizeidienst ist hierzu ein Paradebeispiel und in Mannheim eine Erfolgsgeschichte. Er leistet seit 50 Jahren einen wesentlichen Beitrag dazu, die Polizeiarbeit in der Gesellschaft positiv zu verankern und die hauptamtlichen Kräfte wirkungsvoll zu entlasten. In Mannheim leisten die 120 freiwilligen Polizisten ca. 12.000 Stunden Dienst. Ob Maimarkt, Stadtfest oder Marathon, bei jeder Großveranstaltung sind die ehrenamtlichen Polizisten aktiv. Auch das Mannheimer Polizeimusikkorps besteht zu großen Teilen aus Ehrenamtlichen des freiwilligen Polizeidienstes. Das alles hindert die grün-rote Landesregierung aber nicht daran, die mittelfristige Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes zu beschließen. Dies ist ein herber Schlag ins Gesicht aller ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter des freiwilligen Polizeidienstes und für Mannheim. Für die Mittel, die für die 120 freiwilligen Polizisten in Mannheim verwandt werden, könnten laut Deutscher Polizeigewerkschaft lediglich fünf neue Polizeiobermeisterstellen geschaffen werden. Viele wichtige Aufgaben in der Prävention und der Verkehrsregelung werden durch den Plan der Regierung einfach wegfallen.

An diesen sechs Beispielen wird deutlich, dass Mannheim durch das Land immer mehr im Stich gelassen wird. Lassen Sie Ihren Worten endlich Taten folgen, denn Sie stellen unglücklicherweise die Landesregierung!

2 Wirtschaft

Ludwig Erhard prägte die Aussage, Wirtschaft ist zu 50% Psychologie. Diese Aussage gilt im besonderen Maße für das Standortmarketing einer Kommune. Der Standort Mannheim hat in seiner Außendarstellung in den vergangenen Jahren an Attraktivität zulegen können. Veranstaltungen, wie der Katholikentag 2012 oder das Deutsche Turnfest in diesem Jahr haben nach Außen gewirkt und die Attraktivität Mannheims in die gesamte Bundesrepublik Deutschland hinausgetragen. Auch unsere weiterhin gute Etablierung als Kongressstadt mit einem der attraktivsten Kongresszentren, unserem Rosengarten, unterstützt dies.

Ein Stadtmarketing, das trotz personellem Wechsel eine kontinuierliche und gute Arbeit leistet, unterstützt diese Außendarstellung, so dass wir eigentlich zufrieden auf

diese Entwicklung schauen könnten, wenn wir es bei dem Blick der Außendarstellung belassen würden. Die Stimmung in den Geschäftsleitungen mittelständischer Firmen und der Konzernzentrale vor Ort wird dabei jedoch teilweise nicht widerspiegelt. Wir wissen, dass gerade die Gewerbesteuererhöhung der vergangenen Haushaltsberatungen, die durch die rot-rot-grüne Mehrheit herbeigeführt wurde und vom Oberbürgermeister zumindest toleriert war, Spuren hinterlassen hat. Gerade für die Jahre eine Steuererhöhung zu beschließen, die die höchsten Steuereinnahmen nach dem Krieg brachten, ruft weiterhin großes Unverständnis hervor. Dies behindert auch die Akzeptanz vieler Stadtentwicklungsentscheidungen, die mit größeren Ausgaben verbunden sind. Das war insbesondere in der Diskussion um die Durchführung einer Bundesgartenschau in Mannheim festzustellen.

Deshalb ist es in diesen Haushaltsberatungen auch notwendig, entsprechende Signale an die hier ansässigen Unternehmen zu senden, dass ihre Belange und Interessen ernst genommen werden. Im Zusammenhang mit dem strategischen Ziel der Stadt Mannheim „Talente überdurchschnittlich zu gewinnen, zu entwickeln und zu halten“, muss man ihnen auch die räumlichen Möglichkeiten bieten. Wenn wir die Konversion aber als Chance verstehen, unsere strategischen Ziele in besonderer Weise zur Umsetzung zu bringen, so müssen wir den Talenten, Fach- und Führungskräften auch die Möglichkeit bieten, in Mannheim nicht nur zu arbeiten, sondern auch zu wohnen. Wir brauchen auf unseren Konversionsflächen Entwicklungsgebiete, die nicht nur den Geschosswohnungsbau im Blick haben, sondern auch Wohngebiete mit Einfamilienhäusern und attraktiven Doppelhaushälften. Bisher fehlte es uns dafür an Flächen, dies kann nun aber keine Ausrede mehr sein.

Die sinkenden Einwohnerzahlen, deren statistische Erhebung sicherlich zu hinterfragen ist, können in der Zukunft nur ins Positive gedreht werden, wenn wir der Forderung der Wirtschaftsverbände nach attraktivem Wohnraum nachkommen. Nur wenn das Angebot in Mannheim Unternehmen anzusiedeln im Einklang steht mit dem Angebot an attraktivem Wohnraum, guter Kinderbetreuungsmöglichkeiten und hervorragenden Bildungseinrichtungen werden wir erfolgreich im Wettbewerb der Kommunen sein.

Setzen wir diese Strategie wirkungsvoll um, weisen entsprechende Baugebiete aus und siedeln Unternehmen an, prosperiert Mannheim auch über die dadurch verbesserten Steuereinnahmen von Gewerbesteuer, sowie der Einkommensteuerumlage. Schaffen wir es nicht, in diesem Doppelhaushalt hier Akzente zu setzen, verspielen wir einen Teil unserer Zukunftschancen.

Der erfolgreiche Weg der Umsetzung der neuen wirtschaftspolitischen Strategie ist konsequent weiterverfolgt worden und findet auch im Weißbuch Konversion seinen Niederschlag. Insbesondere dem Bereich der Medizintechnologie wurde dabei breiter Raum eingeräumt. Auch die Investitionen in ein Kreativwirtschaftszentrum im Jungbusch sind in diesem Kontext sehr zu begrüßen und verknüpfen in hervorragender Weise wirtschaftliche und städtebauliche Entwicklungen. Leider hat sich die Situation im Bereich der Industriestraße, trotz zahlreicher Anträge und Initiativen, nicht wesentlich verbessert. Es bleiben die Probleme einer prekären Parkplatzsituation, zugedachter Firmenparkplätze und daraus resultierender Störungen der Betriebsabläufe, Lärm, Müll und Vandalismus.

Wir treten als CDU-Gemeinderatsfraktion weiter dafür ein, die Interessen der Gewerbebetriebe besonders zu berücksichtigen um vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten.

3 Nachhaltige Stadtentwicklung

3.1 Konversionsflächen

Mannheim steht durch den Abzug der amerikanischen Streitkräfte bis Ende 2015 vor einer großen planerischen Aufgabe in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. Diese Herausforderung wird nicht einfach zu meistern sein. Denn Chancen und Risiken für unsere Stadt liegen sehr eng beieinander.

Jetzt gilt es, die Umwandlung der heute noch militärisch genutzten Flächen in eine zivile Nutzung dahingehend zu erreichen, dass in Übereinstimmung mit der voraussichtlichen demographischen Entwicklung, den ökologischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, den Fragen der Stadtgestaltung und

Verkehrsinfrastruktur, letztendlich die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt als Wirtschafts-, Wohn-, Wissenschafts- und Kulturstandort erreicht wird.

Angesichts der Dimension der Flächen wird es eine zentrale Frage sein, wie die gewaltige Herausforderung finanziell gestemmt werden kann. So wie bereits geschehen kann die Stadt einzelne kleinere Flächen von der BlmA erwerben. Andere werden unter Nutzung des originären kommunalen Planungsrechts von der BlmA selbst vermarktet, wie bei den Hammonds-Barracks.

Hinsichtlich der großen Aufgaben Benjamin-Franklin, Funari und Sullivan, sowie Coleman ist es erforderlich, Entwicklungsgesellschaften unter Beteiligung der Wirtschaft, der Wohnungswirtschaft und der Bankinstitute zu gründen, um die großen Herausforderungen der unterschiedlichen Entwicklungsprojekte über eine lange Frist überhaupt meistern zu können.

Ein wesentlicher Aspekt bei der Entwicklung der Konversionsflächen ist wie bereits erwähnt eine Neuausrichtung der gesamten Wohnungsbaupolitik. Angesichts von ca. 2.000 zusätzlichen Wohnungen die auf den freien Wohnungsmarkt kommen könnten gibt es Risiken für den gesamten Wohnungsmarkt in unserer Stadt. Des Weiteren haben wir einen dringenden Bedarf an Einfamilienhäusern, Reihenhäusern, Doppelhaushälften oder Eigentumswohnungen. Derzeit haben wir bei diesen Wohnformen einen Mangel, der zu hohen Erwerbspreisen und Mieten führt.

3.1.1 Turley-Barracks

Das Gelände der Turley-Barracks in der Neckarstadt wird mit seinem historischen Gebäudebestand in ein städtisches Areal multifunktionaler Nutzung entwickelt. Nach dem Erwerb des Geländes durch die städtische Tochter MWSP wurden die planerischen Ideen vertieft, die Freimachung des Areals durchgeführt und die Erschließung in Angriff genommen. Die Vermarktung der fünf großen Baufelder und letztendlich die Bebauung der Teilflächen müssen im Sinne des Businessplans fortgesetzt werden und dürfen keinen finanziellen Verlust für die Stadt Mannheim zur Folge haben.

3.1.2 Spinelli–Barracks

Das Areal zwischen Feudenheim, Käfertal-Süd und dem Rott stellt mit der Fischluftschneise zwischen Vogelstang und Wallstadt einerseits, sowie der Kleingartenanlage Sellweiden, dem Landschaftsschutzgebiet Au und dem Luisenpark andererseits einen wichtigen Faktor für die Frischluftversorgung der Oststadt, der Schwetzingenstadt und der gesamten Innenstadt dar. Insofern kommt der Entsiegelung der bisher militärisch genutzten Flächen und deren Renaturierung große Bedeutung zu. Es war wichtig eine dauerhafte Weiternutzung der ehemaligen militärischen Transportinfrastruktur als Standort für neue Logistikunternehmen zu verhindern. Deshalb ist es richtig eine Bundesgartenschau auf diesen Flächen durchzuführen. Der positive Bürgerentscheid zu diesem Thema am 22.09.2013 schafft die Voraussetzung dafür, die Detailplanungen für dieses Projekt zu beginnen. Die BUGA ermöglicht uns eine städtebauliche Arrondierung in Käfertal-Süd, Im Rott und in Feudenheim nördlich des Wingertsbuckels. Insbesondere kann ein „Wohnen am Park“ an den Rändern des BUGA-Geländes realisiert werden. Aus unserer eigenen Erfahrung wissen wir, dass Bundesgartenschauen mehr als ein Blütenfest über wenige Monate sind. Sie haben wichtige städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen zur Folge, die Städte nachhaltig verändern. In diesem Sinne unterstützt die CDU-Gemeinderatsfraktion die eingerichteten Planungsgruppen, welche konkrete Vorschläge für die noch nicht gelösten Fragen erarbeiten sollen. Wir werden uns konstruktiv an diesen Planungen beteiligen.

3.1.3 Taylor–Barracks

Der städtebauliche Wettbewerb hat ein gutes Ergebnis gebracht und einige Investoren sind sehr interessiert an diesem Areal mit seiner vorrangigen gewerblichen Nutzung. Nach dem Ankauf der Fläche durch die MWSP kann die Vermarktung konsequent angegangen werden. Die städtebaulichen Planungen sind vom Gemeinderat auf Grundlage der beiden Wettbewerbssieger weiter zu entwickeln. Deshalb ist es wichtig, dass dem Aufstellungsbeschluss des Ausschusses für Umwelt und Technik in absehbarer Zeit der Billigungs- und Satzungsbeschluss des Gemeinderates der Stadt Mannheim folgt.

Für die Vermarktung des Taylor-Areals sind das Projekt „Primove“, die Ansiedelung von Logistikbetrieben, der Standort für eine internationale Europäische Schule sowie der geplante Medienpark von Bedeutung.

Die Verkehrserschließung des Areals ist nach wie vor unausgereift. Dies gilt für die innere Erschließung ebenso wie für die überregionale Verkehrsanbindung der Spreewaldallee bzw. Magdeburger Straße an die B 38. Die Frage der ÖPNV-Trassenverlängerung von der Vogelstang ins Zentrum der neuen Entwicklungsfläche muss ebenfalls noch geklärt werden.

Hinsichtlich der Entwicklung des Taylor-Areals muss der Business Plan zwingend eingehalten werden. Projekte wie die Ansiedlung der Internationalen Schule, der Weiterführung des Grünzuges mit der fragwürdigen Planung der Überbrückung der Bundesstraße und die Weiterführung der Stadtbahn dürfen nicht zu Lasten des Haushaltes der Stadt Mannheim gehen. Die Entwicklung des Gewerbegebietes und die Erzielung von Einnahmen aus der Vermarktung der Flächen haben absoluten Vorrang. Das Ergebnis aus der Entwicklung des Glückstein-Quartiers darf sich auf keinen Fall wiederholen.

3.1.4 Hammonds Barracks

Umgeben von qualitativ hochwertigem Wohnungsbestand ist das Flächenareal der bisherigen Hammonds Barracks zwischen der Seckenheimer Straße und der Zähringer Straße als Wohnbaufläche zu entwickeln. Die Stadt wird die BlmA bei der Entwicklung dieser Flächen unterstützen. Ein Ankauf der ehemaligen militärischen Flächen ist nicht beabsichtigt. Dennoch wird die MWSP in den kommenden Monaten für die BlmA einen städtebaulichen Wettbewerb mit fünf Planungsbüros durchführen, der nach Abschluss in einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Mannheim und der BlmA münden wird und Grundlage für das zu schaffende Baurecht bildet.

3.1.5 STEM-Barracks

Die Lage der militärischen Fläche mit ihren Gebäuden zwischen dem kleinen Stadtteil Suebenheim und der lärmintensiven BAB 656 lässt allenfalls eine geringfügige Wohngebietserweiterung an der Waldspitze bzw. der Straße Am Sandhang als sinnvoll erscheinen. Mit Blick auf die neue wirtschaftliche Nutzung auf

der südlichen Seite der BAB 656 wäre eine kleine gewerbliche Nutzung sinnvoll, was allerdings eine neue Verkehrserschließung notwendig macht. Darüber hinaus ist im Auge zu behalten, dass durch die Porsche-Ansiedelung eine neue Stadteingangsqualität entstanden ist, welche ebenfalls eine entsprechende Beachtung auf der Seite der STEM-Kaserne finden sollte.

3.1.6 Class III Point

Angesichts der Qualität der Gebäude und Einrichtungen auf dem Areal, des naheliegende Landschaftsschutzgebietes sowie des Waldbestandes in Mannheim-Blumenau ist eine Renaturierung der Flächen zwischen der Autobahn und südlich des Viernheimer Weges vorzunehmen. Das gilt auch für die seit langer Zeit leerstehenden Wohngebäude der Coleman-Barracks südlich davon.

3.1.7 Coleman-Barracks

Die Konversionsfläche der Coleman-Barracks, deren Freigabe im Jahre 2015 vorgesehen ist, ist mit ihrer Größe von 216 ha eine große Herausforderung für die Stadtentwicklung. Darüber hinaus ist durch die einstige Auffüllung des Geländes und durch die jahrzehntelange militärische Nutzung mit Kontamination des Bodens und militärischen Altlasten verschiedenster Art zu rechnen.

Eine Umwidmung des heutigen Militärflughafens in einen zivilen Flughafen lehnen wir ebenso wie den Bau eines Flughafens im angrenzenden Landschaftsschutzgebiet Sandtorfer Bruch weiterhin ab. Die Planung für das Coleman-Areal sollte die Verbesserung der Frischluftschneise Mannheim-Nord-West berücksichtigen. Ebenfalls ist die Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbeflächen in die Planung mit aufzunehmen. Die freizuhaltenden Flächen der Frischluftschneise können für Freizeitnutzungen wie beispielsweise einen Golfplatz und die Nutzung für den Pferdesport vorgesehen werden. Eine Erweiterung der Stadtteile Blumenau und Scharhof würden wir ebenfalls begrüßen. Als künftige Gewerbefläche würde sich vor allem das bereits jetzt versiegelte Areal an der Autobahnezufahrt anbieten.

3.1.8 Benjamin-Franklin-Village, Sullivan- und Funari-Barracks

Die Flächen dieser drei bisherigen Kasernen nördlich der Waldstraße in Mannheim-Käfertal und westlich der B 38 sind das Herzstück der Konversionsprojekte.

Es bietet sich aufgrund der Flächenaufteilung eine Entwicklung in Teilschritten an. Dabei sehen wir folgende Entwicklungsschwerpunkte:

- eine gewerbliche Nutzung zwischen der B 38 und der Stadtbahnlinie 5, mit nicht zentrenrelevantem Einzelhandel, wie beispielsweise Baumärkten oder Möbelhäusern
- hochwertiger Wohnungsbau auf dem Gelände der ehemaligen Offizierssiedlung entlang der Wasserwerkstraße durch private Projektentwickler; eine Erhaltungssatzung für die bestehende Bebauung lehnen wir mit Nachdruck ab, sie wäre finanziell von Nachteil und die Stadt würde eine große Chance vergeben
- das Sullivan-Areal unmittelbar am Käfertaler Wald bietet sich ebenfalls für den Bau von Einfamilienhäusern, Doppelhaushälften oder Reihenhäusern an
- sinnvoller Erhalt der vorhandenen Sportstätten und Sportflächen
- bedarfsgerechte Nutzung und Umgestaltung der bestehenden Blockbebauung für den Mietwohnungsbau; der Kasernencharakter muss beseitigt werden
- Schaffung der notwendigen Infrastruktur, der Bildungseinrichtungen, der Nahversorgung und von Freizeitangeboten auf dem Areal von Benjamin-Franklin

3.2 Ziele für den Wohnungsbau

Eine wichtige Einnahmequelle der Stadt Mannheim ist der Anteil an der Einkommenssteuer. Dieser ist abhängig von der Höhe der Einwohnerzahl der Stadt Mannheim. In den letzten Jahren war die Einwohnerzahl stetig rückläufig. Diesen Trend zu stoppen und umzukehren gelingt nur, wenn wir neuen qualitativ hochwertigen Wohnraum schaffen. Diese Chance haben wir, wie beschrieben, vor allem auf den Konversionsflächen. Hier bietet sich ein Wohnpotential für über 10.000 Menschen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion sieht dabei folgende Schwerpunkte:

- Bau von Einfamilienhäusern, Doppelhaushälften oder Reihenhäusern um vor allem junge Familien nach Mannheim zu holen oder in unserer Stadt zu halten
- Wir sehen keinen zusätzlichen Bedarf an Sozialwohnungen. Der Bestand der GBG ist ausreichend, ja man kann sogar sagen, dass wir eine Überkapazität in Mannheim haben, der durch den Abriss nicht mehr bewohnbarer Substanzen vermindert werden muss.

- Im Mietwohnungsbau sehen wir bei allen Wohnungsgrößen einen leichten Engpass. Es sind kaum freie Wohnungen verfügbar und je näher man an die Innenstadt kommt desto höher sind die Preise. Deshalb ist es sinnvoll auch den Mietwohnungsbau auf allen Konversionsflächen, vor allem aber auf Benjamin-Franklin ins Auge zu fassen.
- Auch der Eigentumswohnungsbau ist nicht zu vernachlässigen. Die Preise sind zurzeit in schwindelerregenden Höhen angekommen.
- Für ein weiteres Gebiet wie das sogenannte „Schwarzwaldviertel“ im Lindenhof haben wir einen enormen Bedarf. Einkommensstarke Bürger haben unsere Stadt in den letzten Jahren sehr zahlreich verlassen und sind ins Umland abgewandert, da sie in Mannheim keine adäquaten Baugrundstücke gefunden haben. Insbesondere die Offizierssiedlung auf Benjamin-Franklin bietet sich für ein Baugebiet mit großen Grundstücken an.

3.3 Innenstadtentwicklung

Die Mannheimer Innenstadt hat sich als Einkaufsmagnet der Metropolregion Rhein-Neckar etabliert. Die Konkurrenz von Shopping-Malls, Outlet-Centern und des Internethandels hat dieser Stellung bisher keinen Abbruch getan. Der Konkurrenzkampf um die Kunden aus der Region ist aber härter geworden. Deshalb ist es wichtig, dass die Innenstadt an vielen Stellen aufgewertet wird. Es wurden bereits Investitionen in Millionenhöhe in Kaufhäuser, Einzelhändler und Filialisten getätigt. Engelhorn, Peek & Cloppenburg, Galeria Kaufhof sowie viele weitere Hauseigentümer haben die Planken als Einkaufsstraße Nr. 1 in der Region nochmals aufgewertet. Aktuell werden mehrere Hundert Millionen Euro private Finanzmittel investiert und einige Nachkriegswunden in der Baustruktur der Innenstadt beseitigt.

Allein in den Quadraten Q6 und Q7 werden ca. 300 Mio. Euro in Einkaufen, Wohnen, Büros und ein Hotel investiert. Das bei der neuen Bauhaus-Filiale in R5 gebaute Parkhaus wird noch vor dem Weihnachtsgeschäft eröffnet.

Der Bürgerprotest und der Druck der Mannheimer Kommunalpolitik haben erreicht, dass das Bankpalais in O4,4 historisierend neu gebaut wird. Wir sind sicher, dass auch die zukünftigen Mieter vom ansprechenden Äußeren des Gebäudes profitieren werden.

Endlich tut sich etwas auch im ehemaligen Prinz-Haus in T1. Wenn der französische Sportfilialist Decathlon, der bisher ausschließlich großflächige Filialen auf der grünen Wiese betreibt, sein erstes innerstädtisches Geschäft in Zentrum Mannheims eröffnet, sagt das viel über die Attraktivität unseres Zentrums aus.

Wenn die Großbaustellen beendet sind, muss die Stadt ihren Teil zur Aufwertung der Planken beitragen. Seit der Einrichtung der Fußgängerzonen zur Bundesgartenschau 1975 wurden nur kleine Schönheitsreparaturen durchgeführt. Um das passende Umfeld zu den ansprechenden Geschäften herzustellen, müssen die Planken sowie die Seitenstraßen einen hochwertigen aber auch robusten Belag bekommen sowie mit einer ansprechenden Stadtmöblierung, inklusive neuer Abfalleimer mit größerem Fassungsvermögen, ausgestattet werden.

3.4 Stadtteilzentren

Mannheim ist die Stadt der Stadtteile. Die Stadtteilzentren, zum Teil mit historischen Rathäusern, haben eine wichtige identitätsstiftende Bedeutung. Die Aufwertung der Stadtteilzentren muss deshalb ein wichtiges Ziel der Stadtentwicklung bleiben und darf nicht den Planungen der Konversionsflächen zum Opfer fallen.

In Rheinau, Feudenheim und Sandhofen wurden notwendige Neugestaltungen der Stadtbahntrassen dazu genutzt, um die Stadtteilzentren aufzuwerten.

Die Feudenheimer Hauptstraße und die Rheinauer Relaisstraße sind als Nahversorgungszentrum für die Bevölkerung attraktiver geworden.

Der Platz auf der ehemaligen Stadtbahnwendeschleife am Sandhofer Stich hat geradezu mediterranes Flair. Von der hohen Aufenthaltsqualität profitieren neben den Bewohnern auch die umliegenden Geschäfte, Cafés und Restaurants.

In Wallstadt ist durch die Neugestaltung des Rathausplatzes inklusive der Rathaussanierung, nicht zuletzt auf Grund der intensiven Bürgerbeteiligung, ebenfalls das Stadtteilzentrum aufgewertet worden.

Wohl die meisten Mittel sind in den Stadtteil Schönau geflossen. Das Sanierungsgebiet Schönau-Mitte ermöglichte neben der Wohnraumsanierung die

Aufwertung des Lena-Maurer-Platzes. Daneben wurde ein Bolzplatz neu gestaltet und aktuell ein Skaterplatz für den gesamten Mannheimer Norden eingerichtet.

Aktuell steht eine deutliche Aufwertung der Stadtteile Seckenheim, Friedrichsfeld und Käfertal an. In Seckenheim wurde richtigerweise mit der Sanierung des alten Rathauses begonnen. Der Förderverein „Altes Rathaus Seckenheim“ hat entscheidend zur Umsetzung dieses Projektes beigetragen. Nun geht es darum, das Projekt Aufwertung und Sanierung der Seckenheimer Planken umzusetzen. Eine durchaus anspruchsvolle und komplexe Aufgabe: es soll ein attraktiver Platz mit hoher Aufenthaltsqualität gestaltet werden, der OEG-Haltepunkt mit Umstieg zu mehreren Buslinien soll erhalten bleiben und die Parksituation für die Kunden der umliegenden Gewerbetreibenden soll verbessert werden. Die Zufahrt zur stark frequentierten Brücke nach Ilvesheim muss ebenfalls beachtet werden. Diese Verkehrsproblematik kann nur durch den Bau der Ladenburger Brücke entschärft werden. Hier wird sich aber trotz des eindeutigen Bürgerwillens und einer baureifen Planung vor der Abwahl der grün-roten Landesregierung nichts tun.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion unterstützt die Ausweisung eines förmlichen Sanierungsgebietes in Friedrichsfeld. Die Plätze und die Vogesenstraße müssen aufgewertet werden. Private Investitionen durch Sanierung und Neubau von Gebäuden sollen über die Möglichkeiten eines förmlichen Sanierungsgebiets unterstützt werden. Nur durch die Ansiedlung des geförderten Markthaus-Ladens ist aktuell die Nahversorgung innerhalb Friedrichsfelds möglich.

Die Aufwertung des Käfertaler Zentrums in und um die Mannheimer Straße ist von herausragender Bedeutung für den Stadtteil. Die drei großen Konversionsflächen Spinelli, Taylor und Benjamin-Franklin liegen im oder grenzen an den Stadtbezirk Käfertal. Die Bevölkerung Käfertals wird auf Grund der richtigerweise auf den Konversionsflächen geplanten Wohngebiete stark wachsen. Das historische Zentrum entspricht weder verkehrstechnisch noch von der Aufenthaltsqualität den heutigen Bedürfnissen. Dies wurde in der Bestandsaufnahme zur Ausweisung des förmlichen Sanierungsgebietes, welches die CDU-Gemeinderatsfraktion beantragt hatte, deutlich dargelegt. Deswegen ist es wichtig, dass im Zentrum von Käfertal eine spürbare und dauerhafte Aufwertung erfolgt. Die historisch gewachsene Struktur mit

Stempelpark und dem Kulturhaus mitten im Zentrum Käfertals bieten eine große Chance zur Stärkung der Lebensqualität.

Für die CDU ist klar, dass der Stempelpark auf keinen Fall einer Bebauung oder Parkplätzen zum Opfer fallen darf. Im Gegenteil, der Stempelpark soll bis an die Mannheimer Straße erweitert und damit von dort aus sichtbar und erlebbar gemacht werden. Zentral für die Aufwertung des Zentrums ist die Ansiedlung eines Edeka-Geschäftes mit großem Sortiment. Von einem solchen Frequenzbringer profitieren auch die umliegenden Einzelhändler. Hierfür müssen ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen. Parkplätze, die auch die Gäste des Kulturhauses nutzen können.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat in mehreren Anträgen Lösungsvorschläge aufgezeigt:

- Die Pendler müssen aus dem Stadtteilzentrum abgezogen werden, deshalb ist es sinnvoll an der OEG-Haltestelle einen Park + Ride Parkplatz einzurichten.
- Im Zentrum selbst sollen durch verschiedene Maßnahmen die Parkplätze von derzeit knapp 100 auf 180 erhöht werden, ohne Einschnitte in den Stempelpark.
- Um das Zentrum mit dem Wohnquartier Käfertal-Süd besser zu verbinden muss eine ebenerdige Fußgängerquerung eingerichtet werden. Die von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Aufzüge an der bestehenden Unterführung werden die Akzeptanz dieses unterirdischen Angstraumes nicht steigern. Die dafür vorgesehenen Mittel können viel sinnvoller für die ebenerdige Überquerung und die Aufwertung des Zentrums verwendet werden.

Wichtig ist, dass endlich ein sichtbares Zeichen des Beginns der Aufwertung des Käfertaler Zentrums erfolgt. Dies wären aus unserer Sicht die Sanierung und der behindertengerechte Umbau des Rathauses Käfertal. Leider hat die rot-grüne Mehrheit des Gemeinderates in den letzten Etatberatungen dieses wichtige Projekt abgelehnt und damit auf unbestimmte Zeit verschoben. Wir appellieren an die Vernunft der Stadträte auf der anderen Seite des Gemeinderats, dieses für die Bevölkerung Käfertals wichtige Projekt bei diesen Etatberatungen nicht mehr zu blockieren.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion wird die Generalsanierung und Aufwertung des Meeräckerplatzes zum fünften Mal beantragen. Obwohl der gesamte Gemeinderat dieses Projekt inzwischen unterstützt, sind im Haushalt wieder keine Mittel eingeplant. Hier wird der Wille des Gemeinderats als Hauptorgan der Stadt mit Füßen getreten. Die CDU-Gemeinderatsfraktion wird einen Antrag stellen, beim stark genutzten 48er-Platz im Almenhof die maroden Umkleidekabinen abzureißen und neu zu bauen. Den Plänen des Oberbürgermeisters, den 48er-Platz aufzugeben und zu bebauen erteilen wir weiterhin eine klare Absage.

4 Wissenschaft

4.1 Hochschul- und Wissenschaftsstadt Mannheim

Mannheim nimmt einen immer wichtigeren Platz in der hochschulpolitischen Landschaft in Deutschland ein. Mit 24.121 Studenten und fünf Hochschulen ist Mannheim ein wichtiges Standbein der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft. Allein seit 2009 ist die Zahl der Studenten in Mannheim um 4.000 angestiegen. Erfreulich ist auch das Abschneiden beim Qualitätsvergleich. In einem Ranking hinsichtlich der einflussreichsten deutschen Ökonomen belegt die Universität Mannheim hinter der Ludwig-Maximilian-Universität München Platz zwei (vgl. F.A.Z. vom 26.09.2013). Das Handelsblatt hat im Jahr 2013 die Universität Mannheim als forschungstärkste volkswirtschaftliche Fakultät im deutschsprachigen Raum gekürt. Ebenso veröffentlichte das Wirtschaftsmagazin „The Economist“ ein Executive-MBA-Ranking, in dem die Mannheim Business School, in Kooperation mit der französischen ESSEC (École supérieur de sciences économiques et commerciales; International Business School in Europe), weltweit auf Platz 16 geführt wird. Die Hochschule Mannheim belegt, so die Hochschulrektorenkonferenz, bei der Anzahl der kooperativen Promotionen bundesweit den Spitzenplatz. Sie weist die meisten Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen auf, die zur Promotion zugelassen werden. Diese positive Entwicklung verpflichtet auch die Stadt Mannheim, sich nach ihren Möglichkeiten für die Hochschulen in Mannheim einzusetzen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat deshalb im April 2012 einen Antrag (A119/12) gestellt, nach dem Vorbild von Heidelberg und der finnischen Stadt Turku, eine langfristige Kooperation zwischen Hochschulen und Stadt zu institutionalisieren.

Wir wollen, dass Mannheim als Hochschul- und Wissenschaftsstandort attraktiv und wettbewerbsfähig bleibt. Dazu ist es auch wichtig, dass wir die Rahmenbedingungen zum weiteren Ausbau Mannheims als Kulturstandort und als Einkaufszentrum schaffen, um allgemein die Attraktivität Mannheims als Wohn-, Studien- und Wissenschaftsstandort zu erhöhen.

4.2 Duale Hochschule

Die Duale Hochschule würde einen „Teil“-Umzug in das Glückstein-Quartier begrüßen, um Synergieeffekte aus der Nähe zur Hochschule Mannheim zu erzielen und gleichzeitig in die Wissenschaftsmeile einbezogen zu werden. Dabei wäre auch eine bessere Anbindung der Dualen Hochschule an das öffentliche Verkehrsnetz für die Studierenden von Vorteil. Die Duale Hochschule weist einen starken Anstieg von Studierenden auf. Ihre Zusammenarbeit mit Partnerunternehmen stärkt den Wissenschaftsstandort Mannheim. Die CDU-Gemeinderatsfraktion unterstützt den Umzug der Dualen Hochschule in das Glückstein-Quartier. Dies darf aber finanziell nicht zu Lasten der Stadt Mannheim gehen. Das Land muss für das Areal einen marktüblichen Preis bezahlen.

4.3 Erhalt der Medizin-Fakultät

Die enge Partnerschaft des Universitätsklinikums Mannheim und der Medizinischen Fakultät Mannheim der Universität Heidelberg ist ein Erfolgsmodell, das sich bewährt hat. Das bestätigt auch das Ranking des Zentrums für Hochschulranking, das die Medizinische Fakultät Mannheim im Jahre 2012 bundesweit auf Platz vier sieht. Ein weiteres Aushängeschild der Universitätsmedizin Mannheim ist das hohe Forschungsniveau der Fakultät. Hiervon zeugen zahlreiche Projektförderungen, die dem Forschungsstandort am Mannheimer Universitätsklinikum nicht nur Prestige, sondern auch handfeste finanzielle und akademische Vorteile bringen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion bedauert deshalb die Diskussion um die Zukunft der Universitätsmedizin Mannheim und erteilt möglichen Plänen für eine Abwicklung der Medizinischen Fakultät Mannheim oder einer Fusion mit der Medizinischen Fakultät Heidelberg eine klare Absage. Wir treten dafür ein, dass die Medizinische Fakultät Mannheim in vollem Umfang erhalten bleibt.

4.4 Erhalt der Musikhochschule

Die Popakademie und die Musikhochschule in Mannheim sind weitere Erfolgsmodelle in der Mannheimer Hochschullandschaft. Die herausragende Stellung der Staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Kunst mit europäischen und weltweiten Kooperationen wird in den Plänen des Wissenschaftsministeriums ebenso wenig berücksichtigt wie ihre Bedeutung für die Metropolregion Rhein-Neckar. Die enge Zusammenarbeit mit kulturellen Einrichtungen in Mannheim und auch im Bereich der kulturellen Bildung von Jugendlichen und Kindern leistet die Musikhochschule Mannheim mit einem landes- und bundesweit unterdurchschnittlichen Zuschuss pro Studiengang. Das „Eckpunktepapier für eine Strukturreform der baden-württembergischen Musikhochschulen“ sieht für den Standort Mannheim eine überproportionale Kürzung und die Integration der Popakademie in die Musikhochschule vor. Die Zusammenlegung könnte bis zu 300 Studienplätze im Bereich Klassik kosten und würde eine zusätzliche Verlagerung der restlichen 240 Studienplätze an einen anderen Standort in Baden-Württemberg bedeuten. Die CDU-Gemeinderatsfraktion spricht sich deshalb klar gegen die Pläne der Landesregierung aus. Nach unserer Ansicht gefährden diese Pläne direkt und indirekt den Kultur- und Bildungsstandort Mannheim. Eine entsprechende Resolution hat die CDU-Fraktion in der Gemeinderatssitzung am 01.10.2013 bereits eingereicht (A 291/2013). Wir begrüßen den einstimmigen Beschluss des Gemeinderats zum Vorgehen des Oberbürgermeisters, sich in Stuttgart gegen die beabsichtigte Schließung des Kernbereichs an der Staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Kunst auszusprechen.

4.5 Bildungszentrum der Bundeswehr

Mit der Aufstellung des Bildungszentrums der Bundeswehr (BiZBw) am 01.01.2013 wurde Mannheim Sitz einer Bundesbehörde, die verantwortlich ist für die Bündelung der schulischen, beruflichen und akademischen Ausbildung in der Bundeswehr. Im Zuge der großen Bundeswehrreform und der Auflösung der Wehrbereichsverwaltung Süd in Stuttgart ist Mannheim damit Sitz der wichtigsten Einrichtung der Bundeswehrverwaltung im süddeutschen Raum geworden. Die Vernetzung von Bildungseinrichtungen mit bundesweiter Bedeutung, wie die Kooperation des Bildungszentrums der Bundeswehr mit der Dualen Hochschule und der Hochschule Mannheim, wird nun intensiver. Das Bildungszentrum der Bundeswehr verfügt in

Mannheim nun über 182 Dienstposten gegenüber vorher 119. Geplant sind außerdem Investitionen von über 50 Mio. Euro in den nächsten Jahren, um die derzeit an anderer Stelle untergebrachten Beschäftigten und Lehrgangsteilnehmer in Neuostheim zusammenzuführen. Als CDU-Gemeinderatsfraktion begrüßen wir diese positive Entwicklung des Bildungszentrums der Bundeswehr, das damit zur Stärkung des Bildungsstandortes Mannheim beiträgt.

5 Bildung

Für die CDU wird der Bildungserfolg nicht gleichgesetzt mit dem direkten Weg zum Abitur am allgemeinbildenden Gymnasium. Auch andere Bildungsgänge führen zu Bildungserfolgen, fünfzig Prozent der Hochschulzugangsberechtigungen werden über andere Bildungswege erlangt und es sind auch bei weitem nicht nur Akademiker, die wir in Deutschland brauchen.

Der amerikanische Präsident Barack Obama hat in seiner Rede zur Lage der Nation am 12.02.2013 das ausdifferenzierte berufliche Schulwesen als Vorbild benannt – ein Schulwesen, das auf dem differenzierten allgemeinbildenden Schulwesen basiert und vor allem die Absolventen der Werkrealschulen und der Realschulen auf den Beruf vorbereitet. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass wir in Mannheim als Schulträger verstärkt auch die Realschulen und die beruflichen Schulen in den Blick nehmen.

Die vielbeschworene Chancengerechtigkeit heißt eben nicht, dass unterschiedlich begabten Schülerinnen und Schülern nur die gleichen Angebote gemacht werden müssen, damit sie am Ende alle die gleichen beruflichen Chancen haben. Nicht jeder eher praktisch begabte Jugendliche kann Arzt, Architekt oder Ingenieur werden – und viele Gymnasiasten würden als Schreiner, Maler oder Bäcker scheitern. Während das Grundgesetz das Recht auf freie Berufswahl garantiert, präzisiert Artikel 11 der Landesverfassung von Baden-Württemberg das Recht auf eine der Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung. Wir sind also verpflichtet, den Kindern und Jugendlichen eine Bildung nach Eignung und Neigung zu ermöglichen – und wir haben in Mannheim das Glück, im Stadtgebiet die gesamte Vielfalt an Bildungs- und Ausbildungsgängen anbieten zu können.

5.1 Schulsystem verändert sich

Wir stehen im Gegensatz zu Grün-Rot nach wie vor zu den differenzierten Bildungsgängen Haupt- bzw. Werkrealschule, Realschule und Gymnasium. An all diesen Schularten ist eine individuelle Förderung möglich. Wir wollen damit alle Schülerinnen und Schüler dort erreichen, wo sie stehen, und ihre individuellen Talente und Fähigkeiten fördern. Wir werden daher nach wie vor jeden Antrag einer Schule auf Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule ablehnen, da wir davon ausgehen, dass die meisten Schüler hier Bildungsverlierer sind, sofern tatsächlich die angestrebte Heterogenität der Schülerschaft erreicht wird. Sofern wie an der Kerschensteinerschule weiterhin fast ausschließlich Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulempfehlung die Schule besuchen, ist die Umwandlung eine Mogelpackung, bei der nur das Türschild von Werkrealschule zu Gemeinschaftsschule verändert wurde.

Es ist völlig inakzeptabel, wenn durch Teile des Gemeinderats, den Oberbürgermeister und der Verwaltung und vor allem vom Staatlichen Schulamt Druck auf andere Mannheimer Schulen ausgeübt wird, damit diese sich in Richtung Gemeinschaftsschule bewegen. Die Gemeinschaftsschule wird als einzige Lösung für bestehende Probleme angepriesen, Schulen werden gegeneinander ausgespielt, Sanierungen werden wie am Standort Geschwister-Scholl so lange hinausgezögert, bis die Schulen in ihrer Not vielleicht doch noch gegen die eigentliche Überzeugung die Gemeinschaftsschule beantragen.

Wir stehen dazu, dass das Elisabeth-Gymnasium als Gymnasium am jetzigen Standort erhalten bleibt. Die Elternbefragung der Stadt Mannheim hat ergeben, dass Wohnortnähe bei der Wahl der weiterführenden Schule eine herausragende Rolle spielt. Wenn wir also die Bildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund steigern wollen, muss diese Schule mit ihrem hohen Migrantenanteil auch weiterhin in der Innenstadt angesiedelt sein.

Wir halten es für fatal, wenn bei der Diskussion um künftige Werkrealschulstandorte diejenigen Schulen bevorzugt werden sollen, die einer Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule positiv gegenüberstehen. Diese Schulform ist als Schulstandortrettungsprogramm völlig ungeeignet. Im gleichen Kontext sind die

Versprechungen im Stadtteil Rheinau zu sehen, dass man durch die Umwandlung der Konrad-Duden-Schulen zu einem Gymnasium käme, wir halten dies gelinde gesagt für unseriös.

Kern des Problems um die Schulstandorte ist die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, die zu einem regelrechten Chaos an allen weiterführenden Schularten führt. Die Werkrealschulen verlieren in Klasse 5 noch deutlich schneller als erwartet Schülerinnen und Schüler, aber bereits das erste Schuljahr hat gezeigt, dass ab Klasse 6 und vermutlich noch verstärkt in Klasse 7 und 8 mit steigenden Schülerzahlen zu rechnen ist, wenn die Jugendlichen überfordert von den Realschulen zurückkommen.

Die Realschulen verzeichnen steigende Schwierigkeiten mit Schülerinnen und Schülern, die dem Unterricht nicht mehr folgen können – etwa 10% sind bereits zum ersten Halbjahr der fünften Klasse versetzungsgefährdet und die Zahl derjenigen, die Klasse 5 wiederholen müssen, hat sich vervielfacht. Die erhöhte Deputatzuweisung, um mit dieser steigenden Heterogenität umzugehen, lässt auf sich warten.

Gleichzeitig gehen starke Realschüler verstärkt ans Gymnasium – genau jene Schülerinnen und Schüler, die bisher nach einer guten Mittleren Reife entweder auf die beruflichen Gymnasien oder in die duale Ausbildung gewechselt sind. Auch am Gymnasium lässt sich dieser Trend beobachten, obgleich die Hauptlast wohl bei den Realschulen liegt.

Trotz sinkender Schülerzahlen an den Werkrealschulen: solange die Schaffung weiterer Gemeinschaftsschulen in Mannheim im Raum steht, solange wir keine verlässlichen Zahlen darüber haben, wie viele Schülerinnen und Schüler in Klasse 6, 7 oder 8 von der Realschule an die Werkrealschule zurückkehren, solange die Verwaltung nicht mit allen Standorten sämtliche Entwicklungsoptionen einschließlich Schulverbünden diskutiert hat, wird die CDU-Gemeinderatsfraktion keiner Schulschließung zustimmen.

5.2 Sanierung und Ausbau

In der Vergangenheit war es möglich, aufgrund der guten Einnahmesituation, im letzten Jahr auch mit Unterstützung des Konjunkturpaketes des Bundes, einen

Schwerpunkt bei der Schulraumsanierung zu setzen. So konnten viele Sanierungsmaßnahmen und sogar einige Neubauten in Angriff genommen werden. Dieser Schwerpunkt muss aktuell scheinbar etwas zurückstecken, weil wir die meisten verfügbaren Mittel in den Krippenausbau investieren mussten. Es gilt, laufende Projekte zu einem guten Abschluss zu bringen und auch an der einen oder anderen Stelle dringend notwendige und bereits geplante Sanierungsarbeiten neu in Angriff zu nehmen. Dazu gehören für uns vorrangig das Elisabeth-Gymnasium und die Friedrich-Ebert-Schule. Bei den Geschwister-Scholl-Schulen zeichnet sich ab, dass ein Neubau der deutlich sinnvollere Weg ist.

Auch bei der Einrichtung von Ganztagsschulen werden bauliche Maßnahmen erforderlich sein. Nachdem die aktuelle grün-rote Landesregierung zu Oppositionszeiten nicht müde wurde, die Verankerung der Ganztagsschulen im Schulgesetz zu fordern, warten wir sehnsüchtig auf das Signal aus Stuttgart, mit welcher Unterstützung wir künftig beim Ausbau der Ganztagsschulen rechnen können. Wir haben zurzeit weder die gesetzlichen Regelungen noch die finanziellen Mittel, um Ganztagsschulen flächendeckend in allen Schularten an jedem Schulstandort umzusetzen. Aber wir brauchen mit Blick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem Ganztagsangebote an den Grundschulen und darüber hinaus Ganztagsschulen in allen bestehenden Schularten.

5.3 Außerschulische Bildung

Die außerschulische Bildung wird in Mannheim von der Verwaltung besonders stiefmütterlich behandelt – aber die Anbieter – ob städtisch oder in freier Trägerschaft – leisten einen großen Beitrag zur Bildung aller Mannheimerinnen und Mannheimer und der Menschen in der Region, über alle Altersgrenzen hinweg.

Als größte Weiterbildungseinrichtung in der Metropolregion Rhein-Neckar ist die Mannheimer Abendakademie ein starker Partner der Verwaltung. Neben den üblichen Angeboten einer Volkshochschule bietet sie auch vielen Menschen eine Chance auf echte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Alphabetisierungskurse, Vorbereitungskurse für die Schulfremdenprüfung an Hauptschule, Realschule und Gymnasium – sowohl in der Abendschule als auch in Tageskursen – die äußerst erfolgreichen Integrationskurse für Migrantinnen und Migranten und daran

anknüpfende Angebote erreichen tausende Menschen und helfen ihnen bei der Bewältigung ihres Lebens, bei der Integration in die Gesellschaft und bei der Stärkung ihres Selbstbewusstseins.

Die städtische Musikschule mit ihren originären Angeboten, aber auch ihren Angeboten an Kindergärten im Rahmen von Singen-Bewegen-Sprechen und MUKI, ebenso wie die vielen weiteren Musikschulen und Laienmusikgruppen, die Stadtbibliothek mit ihren Zweigstellen, das Planetarium, die Museen, das Nationaltheater mit Schnawwl und Junger Oper – aber auch die VDIni-Kids des VDI, die Hector-Stiftung und viele weitere Anbieter in freier Trägerschaft stellen - ob mit oder ohne städtischen Zuschuss - pädagogische Leistungen für Kinder und Jugendliche sowie für Erwachsene aller Altersgruppen bereit.

5.4 Berufsbildendes Schulwesen – Stiefkind der Schulpolitik

Im berufsbildenden Schulwesen sind erneut keine großen Investitionen im Etatentwurf zu finden, obwohl ein enormer Sanierungsbedarf vorhanden ist. Dies trägt der Wichtigkeit dieses Bildungszweiges in keiner Weise Rechnung. Etwa die Hälfte der Studierenden an Fachhochschulen und Universitäten haben ihre Qualifikationen zum Studium an den beruflichen Gymnasien erworben. Ebenso sorgen die differenzierten Bildungsangebote an den beruflichen Schulen dafür, dass allen Schülern die Möglichkeit eines qualifizierten Abschlusses gegeben wird. Deutlich sichtbar wird die schulische Herausforderung an der Carl-Benz-Schule, an welcher der tiefgreifende Wandel des Maschinenbaus in den vergangenen 60 Jahren erfahrbar wird und bei der die Ausbildungsgänge ohne Informationstechnologie, ergonomische und gestalterische Profile heute nicht mehr denkbar sind. Gleiches gilt für das Technische Gymnasium im Gebäude.

Jetzt gilt es im Rahmen der Schulentwicklungskommission den Berufsschulen mit regionaler Ausrichtung im berufsbildenden Schulwesen eine Zukunft zu geben. Dies muss im Zusammenwirken mit der Stadt Heidelberg, dem Rhein-Neckar-Kreis sowie dem Handwerk und der Industrie geschehen. Um dies umzusetzen sind in naher Zukunft Gebäudeinvestitionen und Ausstattungsinvestitionen unerlässlich.

6 Jugend

6.1 Ausbau der Betreuungseinrichtungen

Das sichtbarste Thema im Bereich der Jugendhilfe ist nach wie vor der Ausbau der Kinderbetreuung. Unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind wir hier noch lange nicht am Ziel angelangt. Aber auch mit Blick auf die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen müssen wir verstärkt die frühkindliche Bildung im Blick behalten. Obwohl Erziehung und Förderung der Kinder in erster Linie Aufgaben der Eltern sind, benötigen manche Eltern mehr Unterstützung als andere. Die Förderung der Kinder muss daher lange vor der Einschulung beginnen. Der regelmäßige Besuch eines Kindergartens sowie die im Land von der CDU eingeführte Zweiteilung der Einschulungsuntersuchung und die damit verbundene frühere Förderung tragen dazu bei, dass vorhandene Defizite früher ausgeglichen werden. So entstehen für alle Kinder verbesserte Startchancen beim Übergang an die Grundschulen. Die kontinuierliche und bruchlose Begleitung und Beobachtung der Kinder und ihrer Lernbiographie in dieser Phase zwischen Kindergarten und den ersten Schuljahren muss unser Ziel sein, wenn wir die Bildungschancen aller Kinder verbessern wollen. Wir fordern daher eine verstärkte, institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen analog der Bildungshäuser, die von Grün-Rot im Land leider nicht weiter verfolgt werden. Auf diese Weise können auch die vielen Hilfsangebote von Gesundheitsamt, Jugendamt und Sozialamt besser auf die Bedürfnisse der Kinder abgestimmt werden.

Die Betreuungssituation vom Kleinkindalter bis zum Ende der Grundschulzeit ist ein zentraler Standortfaktor für unsere Stadt und muss daher fortlaufend weiterentwickelt werden. Beim Ausbau der Kleinkindbetreuung haben wir in Mannheim im allerletzten Moment noch die Kurve bekommen und können – unterstützt von einem großartigen Engagement der Freien Träger und von vielen Tageseltern – die angestrebten 35% an Betreuungsplätzen für die Kinder unter drei Jahren anbieten. Allerdings handelt es sich hier um Regelplätze, die natürlich noch lange nicht zu einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie führen. Im Kleinkindbereich wird mittelfristig sicher eine Betreuungsquote von mindestens 50 % realistisch sein. Die Vollversorgung im Kindergartenbereich ist sowieso gewährleistet. Die Situation im Hortbereich, wo

Mannheim bereits heute einen Spitzenplatz belegt, wird sich ebenfalls weiter zuspitzen, da immer mehr Kinder in die Grundschulen kommen, die im Kindergarten bereits eine Ganztagsbetreuung hatten und deren Eltern selbstverständlich die Berufstätigkeit nicht wieder einschränken wollen oder können. Eine Anpassung der Betreuungszeiten an die Arbeitszeiten der Eltern und eine entsprechende Flexibilisierung ist hier für alle Altersgruppen dringend erforderlich und neben der Anzahl der Plätze die wichtigste Stellschraube.

Bei der Gewinnung von Fachkräften, an denen eine Ausweitung des Angebots in erster Linie mangelt, müssen wir darauf achten dass in der jetzigen angespannten Lage neue Angebote wie PiA nicht zulasten der klassischen Ausbildung in Vollzeitform gehen. Was bringt uns ein Ausbau in einen Bereich, wenn wir dann aus Kapazitätsgründen im anderen Bereich Klassen schließen müssen. Wir brauchen insgesamt mehr Klassen für die Ausbildung, nicht weniger, und wir erwarten, dass die Stadtverwaltung hier eine Lösung für das Froebel-Seminar findet. Eine Schließung von Klassen im nächsten Schuljahr, weil nach der Schaffung der PiA-Klassen versäumt wurde rechtzeitig die Raumsituation zu klären, ist für die CDU nicht akzeptabel.

Die zentrale Vergabestelle MEKI hat zumindest dazu geführt hat, dass wir den Bedarf an Betreuungsplätzen einigermaßen kennen. Zur eigentlichen Vergabe von Kitaplätzen eignet sich dieses Instrument aber kaum. Die Einhaltung des Datenschutzes ist zumindest fraglich, da gerade bei Betreuungsplätzen im Alter von 1-6 ein uneingeschränkter Rechtsanspruch besteht, unabhängig von irgendwelchen Kriterien, über die von den Eltern bei MEKI Auskunft verlangt wird. Außerdem ist der Rechtsanspruch mit einem Regelangebot bereits erfüllt, die Vereinbarkeit damit aber noch lange nicht gewährleistet. Die Anlaufschwierigkeiten haben bei den Eltern eher zu mehr Verunsicherung geführt und bisher vermissen wir Auskünfte darüber, ob die vielen Probleme inzwischen beseitigt wurden.

Bei der Einrichtung der ersten PiA- Klassen für Erzieher und Erzieherinnen, bei der Einführung von MEKI, bei der teils sehr unterschiedlichen Ausstattung von Krippengruppen in unterschiedlicher Trägerschaft, bei der Ausgestaltung von MAUS oder auch bei der Zuweisung von SBS oder MUKI-Gruppen an die städtische Musikschule und ihren größten privaten Mitanbieter wird deutlich, dass die

Subsidiarität in Mannheim häufig nicht wirklich gelebt wird. Die Zusammenarbeit mit den freien Trägern ist an vielen Stellen verbesserungswürdig.

6.2 Sonstige Jugendarbeit

Die CDU-Fraktion setzt sich nach wie vor für den Ausbau der offenen Jugendarbeit und für einen Jugendtreff in der Schwetzingenstadt ein und erwartet von der Verwaltung, dass nach geeigneten Räumlichkeiten gesucht wird und diese dem Jugendtreff im Rahmen des Haushaltsvollzugs dann auch zur Verfügung stehen.

Beim Familienpass Plus bestätigt sich, was wir bei seiner Einführung bereits gesagt haben: die Verkehrskomponente war eine Doppelfinanzierung, die nun endlich wieder aus dem Haushalt gestrichen wurde. Die noch verbleibenden Gutscheine für Kurse bei der Abendakademie sind zwar sinnvoll, verursachen dort aber einen hohen Verwaltungsaufwand. Es wäre eine Überlegung wert, diese vom Plus-Teil in den regulären Familienpass zu übernehmen und wie bei Eintrittskarten zu den Museen auch eine Erstattung an die Abendakademie zu zahlen. Es gibt keinen Grund, warum nicht alle Familien von Abendakademie-Gutscheinen profitieren sollten, zumal gerade diejenigen, die es sich leisten können, so an diese hervorragende Weiterbildungseinrichtung herangeführt würden und dort weitere, dann zahlungspflichtige Kurse belegen könnten.

6.3 Kinder- und Jugendhilfe

Am deutlichsten wird der gesellschaftliche Wandel bei der Bereitstellung von Finanzmitteln für die Kinder- und Jugendhilfe in unserer Stadt. Mehr denn je brauchen Familien mit Kindern die Unterstützung durch die Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger damit § 1 Abs. 1 des Sozialgesetzbuches VIII mit seiner grundsätzlichen Aussage zur Kinder- und Jugendhilfe in unserer Stadt Realität bleibt.

Dort heißt es:

„Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“

Angesichts der Diskussion hinsichtlich der Vereinbarung von Familie und Beruf mit seinem enormen Bedarf an Plätzen in Krippen, Kindertagesstätten und Horten darf

dennoch nicht außer Betracht gelassen werden, dass der grundsätzliche Anspruch eines Kindes hinsichtlich Förderung seiner Entwicklung und Erziehung vorrangig durch die Eltern zu meistern ist.

Nachdem die Teilung des Jugendamtes per Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters vollzogen und der Bereich 51.6 - Tageseinrichtungen und Tagespflege - als selbständiger Fachbereich etabliert wurde, muss mehr denn je darauf geachtet werden, dass die originären Aufgaben der Jugendhilfe nicht als nachrangig behandelt werden. In diesem Sinne ist gegenwärtig – angesichts des deutlichen Anstiegs der Kosten für die Förderung junger Menschen – der Jugendsozialarbeit hohe Aufmerksamkeit zu widmen. Denn Jugendsozialarbeit bedeutet Förderung für die jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in hohem Maße auf Unterstützung gemäß § 13 SGB VIII angewiesen sind. Es ist das vorrangige Ziel der Jugendhilfe, jungen Menschen lebensweltbezogene und lebenslageorientierte sozialpädagogische Hilfen ebenso zu teil werden zu lassen, wie die Förderung ihrer schulischen und beruflichen Entwicklung, die Hilfestellung zur Eingliederung in die Arbeitswelt und zur sozialen Integration. Auch die weiteren Teilaufgaben wie die Jugendberufshilfe, die Beistandschaft, Amtsvormundschaft, Jugendgerichtshilfe usw. dürfen mit ihrer Funktion zur Stärkung der Entwicklung der Kinder- und Jugendlichen nicht unterschätzt werden.

Betrachtet man detailliert die Entwicklung der Fallzahlen und den Finanzmittelbedarf für die Jugendhilfe so wie diese in der B-Vorlage V113 / 2013 für die ambulanten Hilfen, die stationären Hilfen und die Inobhutnahmen dargelegt sind, so kann man von einer enormen Herausforderung für den städtischen Haushalt sprechen, der gemäß den Prognosen auch in den kommenden Jahren weiter wachsen wird.

Dieser Entwicklung ist deshalb so große Aufmerksamkeit zu schenken, weil trotz Geburtenrückgang der Hilfebedarf für junge Menschen quantitativ und qualitativ weiter wächst. Mittlerweile machen die Hilfen für junge Menschen einschließlich der Betreuungsbedarfe gemäß den Planungen der Haushaltsjahre 2014/2015 ca. 120 – 130 Mio. Euro aus. Eine nähere Betrachtung zeigt, dass die höchste Dichte erzieherischer Hilfen in unserer Stadt durch strukturelle Defizite in einzelnen

Stadtteilen begründet ist. Beispielhaft seien die Stadtteile Waldhof, Hochstätt, Luzenberg, Neckarstadt-West und Schönau genannt. Hierbei zeigt sich, dass diese Stadtteile zur Förderung der jungen Menschen mehr denn je die Unterstützung der Stadt benötigen.

7 Sicherheit und Sauberkeit

7.1 Sicherheit und Ordnung

Einen politischen Schwerpunkt hat die CDU-Gemeinderatsfraktion in der Vergangenheit immer auf die Themen Sicherheit und Sauberkeit in Mannheim gelegt. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Denn leider sind wir die einzige politische Kraft im Gemeinderat, die hier mit einem klaren Bekenntnis zu mehr Schutz für unsere Bevölkerung und mehr Sauberkeit für unsere Stadt eintritt. Und leider ist die Situation auch nicht besser geworden, weil die rot-rot-grüne Gemeinderatsmehrheit fast sämtliche notwendigen Beschlüsse vereitelt, die eine deutliche Verbesserung herbeiführen würde. Wir sind daher der einzige politische Sachwalter unserer Bürgerinnen und Bürger, wenn es um die Sicherheit und Sauberkeit in Mannheim geht. Nach wie vor gibt es hier erheblichen Handlungsbedarf, um ein Niveau erreichen zu können, mit dem man in einer Großstadt leben kann.

Zu früh hatte man sich zu Jahresbeginn 2013 über die neue Polizeistatistik gefreut, die für das vorherige Jahr eine Kriminalitätsbelastung errechnet hatte, die Mannheim erstmals besser sah, als die baden-württembergischen Großstädte Freiburg, Stuttgart und Karlsruhe. Nachdem nämlich aufgrund der Zensus-Ergebnisse die Einwohnerzahlen insbesondere für unsere Stadt deutlich abgesenkt wurden, ergab sich plötzlich ein deutlich schlechteres Sicherheitsranking. Statt erst auf dem vierten Platz der unsichersten Städte im Land, befanden wir uns in Mannheim plötzlich wieder auf dem zweitschlechtesten Platz. Nur das von einem OB der Grünen regierte Freiburg steht noch schlechter da. Wahrlich kein Grund zur Freude und schon gar nicht zum Nachlassen der Bemühungen.

Mannheim ist eine pulsierende Großstadt im Herzen der Metropolregion Rhein-Neckar. Die Menschen finden hier viele gute Arbeitsplätze in Handel, Industrie,

Handwerk und Dienstleistungssektor. Sie bekommen hier ein Einkaufs- und Gastronomieerlebnis von besonderer Güte geboten. Kultur- und Freizeitangebote können mit allen Städten in Deutschland gut mithalten. Leider werden diese positiven Aspekte durch die zu hohe Kriminalität und durch ein schmutziges Stadtbild gerade außerhalb unserer Stadtgrenzen zu wenig wahrgenommen. Bundesweite Berichte über Ausschreitungen am Rande von Fußballspielen, Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen und sogenannten „Kulturfestivals“ sowie Kapitalverbrechen in Mannheim zehren schwer am Ansehen unserer Stadt. Hier muss die Politik, gemeinsam mit der Polizei, den kommunalen Ordnungsbehörden und weiteren relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen dringend Konzepte zur Prävention entwickeln, um solche Schlagzeilen aus Mannheim künftig seltener verbreitet zu bekommen.

Sofern die entwickelten Konzepte auch finanzielle Unterstützung aus dem kommunalen Haushalt erforderlich machen, sagt die CDU schon jetzt ihre Unterstützung zu. Ungeachtet dessen, fordern wir insbesondere die grün-rote Landesregierung auf, endlich den besonderen Herausforderungen Mannheims bei der Kriminalitäts- und Gewaltbekämpfung gerecht zu werden und die hierfür erforderlichen Mittel und Personalstellen zur Verfügung zu stellen. Vollkommen inakzeptabel ist es aus unserer Sicht, wenn das Land die Mannheimer Polizei wegen fehlender Haushaltsmittel zur Einschränkung ihrer Dienstgeschäfte zwingt. Dies gefährdet die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Diesbezüglich werden wir auch in Zukunft die Finger in diese gefährliche Wunde legen!

7.2 Kommunaler Ordnungsdienst

War zum Zeitpunkt der Gründung des Kommunalen Ordnungsdienstes dieser in anderen Städten noch weitgehend unbekannt, hat sich der auf Initiative der CDU eingerichtete Außendienst der Stadt inzwischen bundesweit als wirksames und unverzichtbares Instrument etabliert. Gerade im Bereich der Ordnungsstörungen benötigen wir diese städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um der Durchsetzung des Rechts auf lokaler Ebene Genüge leisten zu können. Die im Frühjahr 2012 vom Ersten Bürgermeister ins Leben gerufene Arbeitsgruppe zum KOD hat verdeutlicht, wie umfassend der Aufgabenbereich dieser Behörde ist. Zahlreiche Vorschriften eines geordneten Zusammenlebens im urbanen Raum

würden ins Leere laufen, hätten wir als Stadt nicht einen eigenen kommunalen Vollzugsdienst, dem landesgesetzlich breite Befugnisse übertragen wurden.

Obgleich die originäre Zuständigkeit zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach wie vor zum Aufgabenkatalog der Landespolizei gehören, müssen wir realistischer Weise konstatieren, dass die vorhandenen Kräfte der Polizei in Mannheim mit ihren präventiven Maßnahmen und ihrer Aufklärung von Straftaten schon weitgehend ausgelastet sind. Die Polizei könnte das breite Spektrum des Ordnungsrechts und hier insbesondere die Regelungen aus unserer städtischen Polizeiverordnung bei weitem nicht mehr abdecken, wenngleich dies aus Haushaltssicht wünschenswert wäre. Für uns steht eine Disposition des KOD überhaupt nicht zur Debatte.

Unzumutbare Verhältnisse wie in Freiburg, wo aus ideologischen Gründen auf einen kommunalen Vollzugsdienst als einziger Großstadt in Baden-Württemberg verzichtet wird, können wir uns nicht leisten. Von daher weisen wir derartige Bestrebungen der Grünen entschieden zurück. Eine Abschaffung des KOD hätte für unsere Stadt unabsehbare Konsequenzen. Da wir leider nicht daran glauben, dass die grün-rote Landesregierung in diesem Falle die wegfallenden KOD-Stellen durch Landespolizeistellen ausgleichen würde, entstünde hier ein gefährliches Sicherheitsvakuum. Dies wird die CDU auf keinen Fall akzeptieren!

Wir sind dem zuständigen Sicherheitsdezernent dankbar, dass er mehr KOD-Mitarbeiter auf die Straße zu bringen möchte. Wir erhoffen uns hiervon eine höhere Präsenz sowohl in den späten Abend- und Nachtstunden, wie auch in den Stadtteilen. Zudem sollte der KOD die größeren Personalressourcen auch dazu nutzen, konsequenter gegen Störer vorzugehen und auch häufiger gegen diese Bußgelder zu verhängen. Dies hätte generalpräventive Wirkung und würde das Ansehen der Institution des KOD in der Bürgerschaft weiter erhöhen. Wir hatten erwartet, dass auf Basis des vereinbarten Kompromisses vier zusätzliche Stellen für den KOD in den Haushalt eingeplant werden, was leider nicht der Fall ist. Deshalb werden wir dies in den Haushaltsberatungen beantragen. Ebenso enttäuschend ist, dass die Mittel für das Sicherheitsmobil, die Sicherheitsbefragung in den Stadtteilen und der Mehraufwand für den Arbeitskreis Südosteuropa keinen Niederschlag im Haushaltsplanentwurf gefunden haben, was zu korrigieren ist.

7.3 Videoüberwachung

Die CDU steht ohne Einschränkung zur Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen, soweit sich diese als Kriminalitätsschwerpunkt erweisen. Dies gilt derzeit vor allem für den Bahnhofsvorplatz, der ein signifikant erhöhtes Deliktsaufkommen gegenüber anderen innerstädtischen Bereichen aufweist. Alle Statistiken belegen eindrucksvoll die Wirksamkeit der Videoüberwachung, sowohl im Bereich der Deliktsvermeidung, wie auch der Täterüberführung. Ohne diese Überwachung wäre der Bahnhofsvorplatz, die Visitenkarte Mannheims, in den Abendstunden ein höchst problematischer Raum.

Forderungen der Grünen und der FDP, hier die Videoüberwachung zu beenden, erteilen wir eine klare Absage. Im Gegenteil: Die CDU würde sich wünschen, dass der Landesgesetzgeber das Polizeigesetz dahingehend novelliert, dass es künftig den Kommunen selbst überlassen bleibt, die Bereiche für eine Videoüberwachung festzulegen. Leider wurde unser Vorschlag vom Landesinnenministerium abgelehnt. Offensichtlich traut die grün-rote Landesregierung den Städten und Gemeinden im Land nicht zu, selbst beurteilen zu können, wo eine Videoüberwachung angezeigt wäre. Ein Beispiel mehr für die Diskrepanz grün-roter Politik, zwischen vollmundig angekündigter stärkerer Berücksichtigung der Bürgerwünsche vor Ort und der konsequenten Durchsetzung eigener politischer Überzeugungen. Angesichts des furchtbaren jüngsten Ereignisses werden wir auch über den Einsatz von Videoüberwachungsanlagen an solchen Stellen reden müssen, die als Angsträume eingeschätzt und von redlichen Bürgern deshalb kaum noch aufgesucht werden.

Leider hat sich auch die Stadtverwaltung beim Thema Videoüberwachung an Schulen als unbeweglich erwiesen. Obwohl die CDU-Gemeinderatsfraktion schon im Sommer 2011 einen Antrag in den Gemeinderat eingebracht hat, der die Wiedereinführung optischer Überwachungseinrichtungen an denjenigen Schulen ermöglichen soll, deren Schulgemeinschaften dies selbst möchten, tut sich bis heute nichts. Keine Beratungen in den zuständigen Gremien, geschweige denn eine Auskunft der zuständigen Schulbürgermeisterin, wie sie sich dazu stellt. Das Signal ist klar. Die rot-rot-grüne Gemeinderatsmehrheit will den Schulen diese autonome Entscheidung aus ideologischen Gründen nicht zu erkennen. Wohl wissend, dass sich mehrere Schulen für eine Überwachung ihres Schulbereichs aussprechen

würden. Und dies, obwohl sich nachweislich die Zahl an Vandalismusschäden, Einbrüchen oder Übergriffen durch schulfremde Personen in den Zeiten der praktizierten Videoüberwachung an Mannheimer Schulen deutlich reduziert hatte. Die vom Bundesverfassungsgericht eingeforderten rechtlichen Grundlagen wurden von der CDU-geführten Landesregierung noch im Jahr 2011 geschaffen. Im Ergebnis bleiben die Schulen in Mannheim nun auf sich allein gestellt und müssen die Konsequenzen dieser verfehlten Politik tragen. Ein sehr bedauerliches Ergebnis für die vielen betroffenen Schüler und Lehrer und für den städtischen Haushalt, aus dem z.B. entstandene Vandalismusschäden bezahlt werden müssen.

7.4 Alkoholmissbrauch

Alkoholmissbrauch ist nach wie vor ein ernstes Thema in unserem Land. Zwar hat sich den Tendenz, dass sich immer jüngere Jugendliche bis in den Vollrausch betrinken, glücklicherweise nicht weiter fortgesetzt, dennoch ist die Zahl von Minderjährigen, die sich mittels hochprozentigen alkoholischen Getränken berauschen, immer noch viel zu hoch. Hier obliegt der öffentlichen Hand eine besondere Schutzfunktion für die Kinder, insbesondere dort, wo sich Eltern zu wenig um das Wohl ihrer Kinder kümmern oder kümmern können. Deshalb wünschen wir uns eine Fortsetzung und Intensivierung der Aufklärung über die Gefahren des Alkohols. Dazu rufen wir alle gesellschaftlichen Gruppen auf.

Als Stadt sollten wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, die den Zugang vor allem zu harten Alkoholika für Jugendliche unter 18 Jahren weitgehend unterbindet. Die CDU-Gemeinderatsfraktion begrüßt daher die Aktivitäten des Fachbereichs Sicherheit, der mittels Testkäufen die schwarzen Schafe im Einzelhandel zu ermitteln versucht. Da die wiederholten Aktionen offenbar bislang nicht zu einer Verbesserung der Lage beigetragen haben und der verbotswidrige Verkauf von Spirituosen an Minderjährige anhält, fordern wir ein härteres Vorgehen gegen die überführten Einzelhändler und Gastronomen. Die ausgesprochenen Strafen müssen so empfindlich sein, dass sich das Risiko des Weiterverkaufs nicht weiter lohnt. Wer die Gesundheit unserer Jugend aus reiner Profitgier derart gefährdet, muss die Konsequenzen deutlich aufgezeigt bekommen.

Leider ist unser Vorstoß für ein generelles Verbot des Alkoholkonsums in öffentlichen Verkehrsmitteln bislang ohne Erfolg geblieben. Was in etlichen Großstädten wie z. B. Hamburg, München oder Stuttgart schon seit Jahren zur Selbstverständlichkeit geworden ist, funktioniert hier unverständlicherweise nicht. Obwohl die Bahnen und Busse der RNV im Stadtgebiet in puncto Sicherheit und Sauberkeit von den Fahrgästen schlechte Noten bekommen, wird nicht gehandelt. Leidtragende sind die zahlreichen Fahrgäste, die immer wieder Saufgelage ertragen müssen, insbesondere in den Abend- und Nachtstunden. Zudem verdrecken die Hinterlassenschaften dieser Trinker die Fahrzeuge und vermitteln ein mitunter abstoßendes Fahrerlebnis. Für viele Menschen ist der Grund nicht auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Die CDU wundert sich sehr, dass gerade die Grünen das von uns geforderte Verbot des Alkoholkonsums in unseren Bussen und Bahnen so vehement ablehnen.

Alkoholkonsum von Gruppen in der Öffentlichkeit führt nicht selten zu Lärmbelästigungen, Pöbeleien und körperlichen Übergriffen, bis hin zu Schlägereien. Auch die zunehmenden Übergriffe gegen Polizeibeamten gründen sich häufig in solchen Saufgelagen. Deshalb spricht sich die CDU schon seit längerer Zeit für örtlich und zeitlich begrenzte Alkoholverbote im öffentlichen Raum aus. Dazu wäre aber eine Änderung des Polizeigesetzes in Baden-Württemberg notwendig. Dazu ist die grün-rote Landesregierung aber leider nicht imstande. Der Ministerpräsident und sein SPD-Innenminister vermitteln zwar den Menschen im Land den Eindruck, dass sie ein solches Verbot haben wollten. Doch beide wissen genau, dass dies weder die Grünen, noch die SPD mittragen werden. Wieder ein schönes Beispiel dafür, dass beide Parteien immer noch nicht in der Regierungsrealität angekommen sind. Und das Schlimmste daran ist, dass sich die Zustände immer weiter verschlechtern. Während uns in Mannheim damit weiter die Hände gebunden sind, ist man auf der anderen Rheinseite besser dran. Hier wird beispielsweise am Berliner Platz schon jetzt ein temporäres Alkoholverbot verfügt. Traurig für unsere Stadt, aber leider wahr!

7.5 Sicherheit im Straßenverkehr

Mit großer Sorge beobachtet die CDU eine zunehmende Verwahrlosung der Sitten im Straßenverkehr. Verkehrsregelungen werden von einigen nicht beachtet und andere Verkehrsteilnehmer somit gefährdet. Nicht nur in den Quadranten registrieren wir immer mehr vorwiegend männliche Autofahrer, die ihr Fahrzeug zum Zwecke der

„Poserei“ und Protzerei missbrauchen und rasend und lärmend durch unsere Straßen fahren. Für derartig unreifes Gehabe stellen wir die Straßen unserer Stadt nicht zur Verfügung. Daher fordern wir weitere Blitzeranlagen und Geschwindigkeitskontrollen, um diesem Verhalten entgegenzuwirken. Zudem sollte die Polizei verstärkt gegen das immer häufiger zu konstatierende Verkehrsrowdytum vorgehen. Es passieren leider immer noch viel zu viele Unfälle mit Personenschäden, von denen viele vermeidbar wären, würde Rücksicht das vorherrschende Gebot aller Straßennutzer sein. Diejenigen, die aus reiner Eigensucht jegliches erforderliche Sozialverhalten vermissen lassen, sollten empfindliche Strafen erhalten.

Wir beobachten aber nicht nur bei einigen Autofahrern eine abnehmende Verkehrsmoral. Auch manche Radfahrer erwecken den Eindruck, als gelten für sie keine Regeln im Straßenverkehr. Insbesondere das Befahren von Gehwegen hat sich bei vielen von ihnen eingebürgert. Leidtragende hiervon sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer, nämlich die Fußgänger und hier vor allem Senioren, Kinder und behinderte Menschen. Wir fordern die Polizei und den KOD auf, diesem Thema besondere Aufmerksamkeit zu schenken und stärker einzuschreiten. Die CDU will eine gute Mobilität für alle Verkehrsteilnehmer in unserer Stadt. Wir legen aber auch Wert darauf, dass sich nicht das Recht des Stärkeren durchsetzt. Deshalb müssen wir zum Schutz der Schwächeren entsprechende Schutzmaßnahmen vornehmen.

7.6 Sauberkeit

Mannheim besitzt viele schöne Seiten. Die Bevölkerung liebt ihre Stadt. Leider wird diese Liebe durch die teilweise starke Verschmutzung von Wegen und Grünflächen erheblich auf die Probe gestellt. Der ganz überwiegende Teil der Menschen wünscht sich ein deutlich saubereres und gepflegteres Stadtbild. Dies würde auch außerhalb der Stadt zu einer erheblichen Verbesserung des Images beitragen, da die Attraktivität Mannheims dann besser zur Geltung käme. Die CDU erkennt an, dass mit Aktionen, wie der im Sommer in der östlichen Unterstadt gestarteten Kampagne "Picobello²" endlich mehr für die Sauberkeit in unserer Stadt getan wird. Dennoch kann dies nur der Startschuss für stadtweite verbesserte Reinigungen sein. Hierzu werden wir auch mehr Personal benötigen. Nur dann wird es uns gelingen, Grünflächen und Straßen (vor allem zwischen parkenden Pkws) besser sauber zu

halten. Die CDU wird deshalb Mittel für neue Personalstellen bei der Stadtreinigung in Höhe von 500.000 Euro jährlich beantragen.

Die Stadtverwaltung kann dies nicht alleine leisten. Ohne eine aktive Beteiligung der Bürgerschaft und vor allem einem Sinneswandel, der ein saubereres Stadtbild höher wert zu schätzen weiß, werden sich die Verhältnisse nicht grundlegend ändern. Deshalb sollten wichtige Akteure in der Erziehung unserer Kinder, wie z.B. die Kindergärten und Schulen sich diesem Thema stärker widmen. Obwohl sich ein Großteil unserer Bürgerinnen und Bürger vorbildlich verhält, stellen wir fest, dass eine steigende Zahl von Menschen gemeinschaftliches Eigentum missachtet und sich ihrer Abfälle dort entledigt, wo sie sich gerade aufhalten. Diesem Personenkreis müssen wir auch durch die Verhängung von spürbaren Bußgeldern deutlich machen, dass wir dies nicht länger dulden. Unsere Polizeiverordnung gibt es uns dafür eine ausreichende rechtliche Grundlage. Die CDU-Gemeinderatsfraktion begrüßt in diesem Zusammenhang, dass sich die Verwaltung verstärkt für ordnungsrechtliche Maßnahmen ausspricht. Auch dafür benötigen wir übrigens zwingend unseren Kommunalen Ordnungsdienst.

8 Kulturpolitik

Die kulturellen Aktivitäten in unserer Stadt und die daraus resultierende Attraktivität ist ein wesentlicher Standortfaktor. Bestimmend hierfür sind auch zukünftig unsere drei „Leuchttürme“ Nationaltheater, Kunsthalle und die Reiss-Engelhorn-Museen. Ihr Nutzen für die Stadt macht sich vor allem an der Resonanz in überregionalen Medien deutlich. Fast 200 Euro pro Einwohner wendet Mannheim jährlich für seine kulturellen Einrichtungen auf - mehr als jede andere Großstadt in Deutschland. Auch zukünftig legen wir – nicht zuletzt für die Umwegrentabilität und wegen der überregionalen Ausstrahlung – unseren kulturpolitischen Schwerpunkt auf unsere drei Leuchttürme. Allerdings werden wir deren Zuschüsse zunehmend kritischer betrachten.

Das Nationaltheater hat mit Oper, Ballett und Kindertheater seine künstlerische Leistungsfähigkeit und seine Akzeptanz bei seinem Publikum in den vergangenen zwei Spielzeiten erneut bewiesen. Wir sind aber nicht davon überzeugt, dass das vom Oberbürgermeister installierte neue Intendantenmodell einen positiven Effekt auf

die Ausstrahlung des Nationaltheaters hat. Das Nationaltheater hatte in einem Entwurf für einen neuen Fünfjahresplan exorbitante Zuschusserhöhungen gefordert, die die CDU-Gemeinderatsfraktion nicht mitgetragen hätte. Der Oberbürgermeister und der Kämmerer haben dies im Haushaltsplanentwurf bereits korrigiert und für die nächsten Jahre den Zuschuss auf dem Niveau der Spielzeit 2013/2014 auch für die kommenden vier Spielzeiten festzuschreiben. Wir tragen dies mit und erwarten, dass die fünf Intendanten dafür Sorge tragen mit diesem Geld in den kommenden Jahren auszukommen. Für das Jahr 2014 erhält das Nationaltheater für die Durchführung der Veranstaltung „Theater der Welten“ einen Zuschuss von 1 Mio. Euro. Dabei muss es aber auch bleiben.

Der Billing-Bau der Kunsthalle wurde für über 22 Mio. Euro bereits komplett mit modernster Klima- und Sicherheitstechnik saniert und mit einer eindrucksvollen Ausstellung zur „Neuen Sachlichkeit“ wieder eröffnet. Darin sehen wir bereits jetzt den Beginn einer neuen nationalen und internationalen Profilierung dieses Leuchtturmes. Im kommenden Frühjahr werden dann unsere eigenen Gemälde und Skulpturen in angemessenem Ambiente wieder zu erleben sein. Trotz aller Bemühungen der Kunsthalle, ihres Förderkreises und ihrer Bildpaten sind aber wichtige und wertvolle Exponate immer noch nicht in präsentablem Zustand. Wir werden erneut zusätzliche Mittel für ihre Restaurierung und Pflege beantragen. In den kommenden Monaten wird mit der Entscheidung zur Fassade des Neubaus ein neues Zeitalter für die Mannheimer Kulturlandschaft eingeläutet. Die großartige Spende der Eheleute Hector und die privaten Beiträge Mannheimer Bürger ermöglichen uns eine neue Kunsthalle mit einer großartigen Aufwertung des Friedrichsplatzes.

Die Reiss-Engelhorn-Museen reüssieren seit Jahren mit großartigen Ausstellungen, auch dank der Curt-Engelhorn-Stiftung. Bemerkenswert sind ihre nationale und internationale Ausstrahlung. Nach wie vor aber ist der bauliche Zustand der Gebäude in B4, D4 und D5 zu beklagen. Ihre Sanierung würde die Präsentation der REM-Exponate deutlich verbessern.

Neben den kulturellen Leuchttürmen liegt uns die kulturelle Vielfalt in unserer Stadt am Herzen. Diese wird insbesondere durch die „Freie Szene“ verkörpert.

Das Oststadttheater wird im Stadthaus N1 eine neue Bleibe bekommen. Wir hatten genau diesen Standort beantragt und sind, auch wenn die Kosten durch den zusätzlichen Brandschutz enorm gestiegen sind, zufrieden mit dem Ergebnis.

Das Theater in G7 erhält bisher jährlich 24.300 Euro und benötigt eine Zuschusserhöhung von 15.000 Euro pro Jahr. Wir stehen dem aufgeschlossen gegenüber.

Aufgrund des Ausstiegs des Landes Rheinland-Pfalz aus der Finanzierung des Kurpfälzer Kammerorchesters müssen die Stadt Mannheim und das Land Baden-Württemberg ihre jährlichen Zuschüsse ab 2015 nochmals um jeweils 40.000 Euro erhöhen, um die Existenz dieser wichtigen Kultureinrichtung zu sichern.

Der traditionsreiche Fastnachtsumzug findet alle zwei Jahre in Mannheim statt. Seit diesem Jahr gibt es zusätzliche Sicherheitsanforderungen die die Karnevalskommission finanziell zu tragen hat wenn der Zug durch Mannheim geht. Die Mehrbelastung liegt bei 15.000 Euro für 2015 und für die Finanzplanung 2017. Wir sollten diesen Betrag zusätzlich in den Haushalt aufnehmen.

Hatten wir uns vor zwei Jahren noch für eine Bewerbung Mannheims zur Europäischen Kulturhauptstadt ausgesprochen, schließlich hatte die CDU dies selbst schon vor vielen Jahren beantragt, so sollten wir dieses Projekt nicht weiter verfolgen, da wir im Jahr 2023 die Bundesgartenschau austragen werden und ein weiteres Großprojekt nicht finanzierbar ist. Folglich kann das Kulturhauptstadtbüro sofort geschlossen werden.

9 Sozialpolitik

Bereits seit Anfang der 90er Jahre wird nahezu jeder dritte Euro, der in Deutschland erwirtschaftet wird, im weitesten Sinne für Soziales ausgegeben, heißt es im Kommentar zum Sozialbericht der Bundesregierung im Jahr 2009. Dieser Sachverhalt trifft auch in unserer Stadt zu. Das bedeutet, dass rund ein Drittel der Mannheimer Bürgerschaft auf Sozialleistungen angewiesen ist.

Wie widersprüchlich die Entwicklung ist, zeigt einerseits die ausgesprochen positive Beschäftigungslage am Arbeitsmarkt mit der höchsten Beschäftigtenzahl in der Bundesrepublik Deutschland seit der Wiedervereinigung (ca. 41,5 Mio. Beschäftigungsverhältnisse), während andererseits weiterhin mit steigenden Ausgaben bei den Sozialleistungen zu rechnen ist. Dieser allgemeine Entwicklungstrend wird auch im Haushalt der Stadt Mannheim sichtbar und das obwohl der Bund die Kommunen bis zum Jahr 2014 durch die Übernahme der Grundsicherung und der Hilfen bei der Erwerbsminderung weiter entlasten wird, was eine Kostenreduktion in Höhe von mindestens 20 Mio. Euro jährlich bedeutet.

Die sozialpolitischen Herausforderungen in unserer Stadt mit steigenden Fall- und Bedarfszahlen müssen gemeistert werden. Insbesondere gilt es die Risiken der verschiedenen sozialen Leistungsfelder zu analysieren, deren Entwicklungstrend zu beurteilen und Akzente gegen ein ungezügelter Wachstum zu setzen.

Im Haushaltsplanentwurf 2014/2015 bleiben die grundlegenden Aufgaben der sozialen Sicherung nicht nur erhalten, sondern es ist aufgrund des stetigen Anstiegs der Fallzahlen, beispielsweise bei den Pflegebedürftigen, den Behinderten und Mehrfachbehinderten oder den Zuwanderern in unsere Stadt, mit steigenden Kosten bei den Sozialausgaben zu rechnen, die auch der Bund erkannt hat und den Kommunen einen finanziellen Ausgleich zumindest bei der Eingliederungshilfe versprochen hat. Wie gewaltig diese Herausforderung ist, zeigt der Anteil der Sozialausgaben am Ergebnishaushalt der Jahre 2014/2015. In beiden Haushaltsjahren betrugen allein die Aufwendungen für den Produktbereich 31 – Soziale Hilfen rund 14% der Gesamtausgaben.

Folgende grundlegende Aufgaben und Leistungen werden von der Stadt erbracht:

Nr.	Produkt-Nr.:	Leistungsart:
1	1.31.10-00-01	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII: Hilfe zur Pflege, Asylgewährung, Landesblindenhilfe, Bundesversorgungsgesetz,
2	1.31.10-00-02	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII: Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung
3	1.31.10-00-05	Grundversorgung und Hilfen SGB XII: Grundsicherung im Alter, Hilfe z. Lebensunterhalt, Hilfen z. Überwindung sozialer Schwierigkeiten, Teilhabe am gesellschaftlichem. + kulturellen Leben
4	1.31.20	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II
5	1.31.30	Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler
6	1.31.40-90	Sonstige soziale Hilfen, Freie Träger, B+T nach § 6b BKGG usw.
7	1.52.20	Wohnbauförderung + Wohnungsversorgung

Insgesamt ein Aufgaben- und Pflichtleistungsspektrum der Kommune, in das ca. 100.000 Menschen eingebunden sind. Es zeigt sich aber, dass die Etatansätze des Haushalts 2014 / 2015 deutlich hinter den real zu erwartenden Kostenentwicklungen zurück bleiben:

9.1 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII

Die Bund-/Ländervereinbarung zum Fiskalpakt schlägt 2014 mit ca. 6 Mio. Euro zu Buche und das mögliche Bundesleistungsgesetz zur Eingliederungshilfe ab 2015 mit ca. 7 Mio. Euro. Darüber hinaus ist in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2016 und 2017 mit Blick auf die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen bereits eine Entlastung von weiteren 30 Mio. Euro eingestellt für die es gegenwärtig keine Rechtsgrundlage gibt und von der gegenwärtig niemand sagen kann, wie die eventuelle Beteiligung des Bundes bei der Eingliederungshilfe aussehen wird. Zu weit klaffen die Vorstellungen zwischen Politik und Behinderten- und Interessenverbänden auseinander. Die Vorstellungen reichen von einem „Persönlichen Budget“ bis zu einer rein fiskalischen Entlastung der Kommunen und Kreise, von einer Ergänzung der Grundsicherungsleistungen bis hin zu einer Lösung

der Grundsicherung im Alter bzw. der Übernahme der Eingliederungshilfe in Bundeskompetenz mit eigener Verwaltung. Die tatsächliche Entlastung ist noch nicht genau bezifferbar, insofern ist richtig von einem Haushaltsrisiko bei der Eingliederungshilfe auszugehen. Darüber hinaus ist die Annahme der Verwaltung, dass sich die Fallzahlen für die stationäre Versorgung behinderter Menschen reduzieren, aufgrund der sehr deutlichen Kostenunterschiede zwischen ambulanter Versorgung und stationärer Unterbringung, unrealistisch.

9.2 Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II

Die Bundesagentur für Arbeit hat im Geschäftsplan 2014 eine sehr positive Prognose zur Entwicklung des regionalen Arbeitsmarktes zu Grunde gelegt. Dennoch kann festgestellt werden dass, trotz der stagnierenden Fallzahlen, die Stadt zusätzliche Mittel in diesem Aufgabenfeld zur Verfügung stellen muss. Darüber hinaus birgt die Reduzierung des Bundesanteils bei den Kosten der Unterkunft um 1,7 Prozentpunkte ein weiteres Risiko in Höhe von 2,5 Mio. Euro für den städtischen Haushalt.

9.3 Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler

Die Stadt muss ab dem 01.01.2014 mit einem weiteren Anstieg der Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien rechnen. Es kann mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass die in den Etatreden des Oberbürgermeisters und des Kämmerers genannten zusätzlichen Mittelbedarfe für weitere 2.000 Bedarfsgemeinschaften in Höhe von 8 bis 12 Mio. Euro zu gering sind, die Schätzungen sind deutlich höher. Bisher hat die Stadt Mannheim ca. 10.000 Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien aufgenommen. Ungeachtet der Forderung hinsichtlich einer Beteiligung des Bundes und des Landes für diese immense Integrationsaufgabe bleibt dennoch ein materielles Risiko für den städtischen Haushalt in 2014/2015 insbesondere bei den Bildungsaufgaben und der Gesundheitsversorgung.

Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass die aktuellen Flüchtlingsfragen im Nahen Osten bedingt durch den Bürgerkrieg in Syrien als auch durch die Entwicklungen in Afghanistan und dem Irak bis hin zu den Flüchtlingsströmen aus Afrika auch in unserer Stadt ihren Niederschlag finden werden.

9.4 Sonstige soziale Hilfen

Es gibt einen steigenden Hilfebedarf für besonders gravierende Notfälle bei denen die Stadt Mannheim unbürokratisch Hilfe leisten muss. Für solche Notsituationen wäre es wichtig, wenn eine abseits des Haushalts vorhandene Finanzierungsquelle, wie eine Sozialstiftung etabliert werden könnte. Wir hatten dies bereits im Jahr 2008 vergeblich beantragt und halten weiterhin an diesem Ziel fest.

10 Integration – Neue Herausforderungen

Mit Aufnahme der Staaten Rumänien und Bulgarien in die EU hat sich der Zuzug von Armutsflüchtlings aus diesen Ländern sehr stark erhöht. Zu den wenigen besonders beliebten Zieladressen in Deutschland gehört leider auch Mannheim. Nach Schätzungen der Verwaltung sind in den vergangenen Jahren von dort rund 10.000 Menschen in unsere Stadt gezogen, die meisten von ihnen in die Neckarstadt-West und den Jungbusch, also Stadtteile, die schon bislang große soziale Probleme aufweisen. Für die dortige Bevölkerung, aber auch für die Stadt insgesamt, stellt dies eine riesige Herausforderung und auch Belastung dar. Die Wohn- und Arbeitsverhältnisse der Zugewanderten sind für uns unvorstellbar. Familien werden in „schrottreifen Immobilien“ von Ausbeutern menschenunwürdig einquartiert. Auf dem sogenannten „Arbeiterstrich“ werden die Neuankömmlinge für Dumpinglöhne angeheuert. Frauen und Mädchen müssen sich teilweise als Prostituierte unter brutalen Bedingungen verdingen. Die Folgen davon sind insbesondere in den genannten Stadtteilen jetzt schon dramatisch. Illegale Müllablagerungen auf den Straßen, Konflikte mit den bisherigen Bewohnern, aggressive Betteleien und eine Zunahme von Kriminalität sind inzwischen an der Tagesordnung.

Mit dem vollständigen Wegfall jeglicher Zuzugsbeschränkungen ab dem 01.01.2014 steht zu befürchten, dass die Zahl dieser Einwanderer weiter steigen wird. In diesem Fall wird nicht nur Druck auf die beiden bislang besonders betroffenen Stadtteile weiter zunehmen. Wir müssen davon ausgehen, dass dann auch weitere Stadtteile eine verstärkte Zuwanderung erleben werden. Obgleich ein Großteil der neuen Bewohner sich mittels Arbeit eine bessere Existenz aufzubauen versucht, gibt es einen nicht geringen Teil, der vor allem auf Zuwendungen durch unsere sozialen Sicherungssysteme setzt.

Die Städte und Gemeinden können die Folgen aus dem Wohlstandsgefälle in der Europäischen Union nicht alleine tragen. Deshalb brauchen wir dringend mehr Unterstützung vom Land, dem Bund und der Europäischen Union. Letztere muss dringend dazu beitragen, dass die Mitgliedsländer Rumänien und Bulgarien Sofortmaßnahmen ergreifen, die den Exodus von dort zumeist nicht besonders geschätzten Minderheiten stark eindämmt. Ungeachtet dessen erwarten wir von Bund und Land mehr finanzielle Unterstützung und auch ein aktives Mitwirken bei einer solidarischen Verteilung der Armutsflüchtlinge im gesamten Bundesgebiet. Die CDU nimmt die Sorge der Mannheimer vor einer Überforderung unserer Stadtgesellschaft durch den weiteren ungebremsten Zuzug sehr ernst.

Deshalb werden wir darauf hinwirken, dass die integrationswilligen Zuwanderer ausreichend Unterstützung bekommen, um sich hier eine neue Existenz aufbauen zu können. Wir werden aber auch darauf achten, dass entschieden gegen Kriminelle, Schlepper und Ausbeuter vorgegangen wird. Zudem muss sichergestellt werden, dass sich das Phänomen nicht noch zusätzlich durch die Gewährung attraktiver Sozialleistungen weiter verstärkt.

11 Verkehr

11.1 Herausforderungen zukünftiger Verkehrspolitik

Nimmt man die neuesten wissenschaftlichen Erhebungen zum neuen Generalverkehrsplan in Deutschland und in Baden-Württemberg und deren grundsätzliche Aussagen hinsichtlich der Verkehrsentwicklung in den kommenden Jahren als Ausgangspunkt einer verkehrspolitischen Gegenwarts- und Zukunftsbetrachtung, so kann festgestellt werden, dass eine tiefe Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit besteht. Auch in Mannheim hinkt die Verkehrsinfrastruktur weit hinter den bedarfsgerechten Erfordernissen her. Die ideologisch geprägte rot-grüne Verkehrspolitik beeinflusst die Verwaltung massiv und ist schädlich für den Wirtschafts- und Wohnstandort Mannheim.

Die Leitgedanken der Verkehrspolitik der CDU-Gemeinderatsfraktion sind aber geprägt von dem Willen, optimale Infrastrukturen für alle Verkehrsteilnehmer in unserer Stadt zu schaffen. Deshalb muss die Verkehrsinfrastruktur auf allen Feldern

für die Bürgerschaft leistungsgerecht erhalten und gestaltet sein. Das ist bisher nicht der Fall.

Die Folgen sind täglich erfahrbar durch:

- unsanierte Straßen und Brücken,
- tägliche Staus auf den Brücken und Straßen,
- zunehmendem Verkehrslärm und Feinstaubbelastung,
- einem Mangel an stadteilentlastenden Straßen
- und noch nicht vorhandene schienengebundene ÖPNV- und S-Bahn-Trassen.

Aus diesen Gründen muss der Umstieg zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern verbessert werden. Beispielsweise ist der Mangel an Park + Ride-Parkplätzen an den Eingangstoren unserer Stadt ein Hindernis für den Umstieg auf den ÖPNV, was dringend korrigiert werden muss

11.2 Straßeninstandhaltung

Die CDU-Gemeinderatsfraktion betrachtet ihr Engagement zur Erhaltung der städtischen Verkehrsinfrastruktur als wichtigen Baustein zur Stärkung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens sowie zur Verbesserung der Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger. In diesem Sinne hat sie vielfach mit entsprechenden Anträgen die Verwaltung zum Handeln im Straßenraum aufgefordert.

Die Beschlussvorlage V293/2013 ist als ein erster Teilschritt für die längst fälligen Straßeninstandsetzungsaufgaben anzusehen. Denn es muss weiterhin festgestellt werden, dass die Etatansätze für Straßensanierungen weit hinter dem Mittelbedarf zurück bleiben, um die Substanzwerte der Verkehrsinfrastruktur zu erhalten. Dieser Sachverhalt ist für die Wirtschaft, die Bürgerschaft und die täglichen Pendlerströme aus dem Umland nur sehr schwer nachvollziehbar, obwohl für diese städtische Aufgabenstellung rückblickend sehr überzeugend belegt werden kann, dass unterlassene Instandsetzungsmaßnahmen, und damit schleichender Substanzverzehr, sehr schnell die Leistungsfähigkeit einer Brücke oder Straße einschränkt. Eine weitblickende Verkehrspolitik erkennt diese Gefahr und sorgt für zeitnahe Behebung der Schäden. Die beiden Maßnahmenbeschlüsse im AUT im Juli

und September 2013 zur Käfertaler Straße und zur Bürstadter Straße waren beispielsweise dringend erforderliche Entscheidungen, um dem laufenden Substanzverzehr bei diesen beiden hochfrequentierten Straßen zu stoppen.

Wie konkret die vielfältigen Anforderungen im Straßenraum allerdings sind zeigen einerseits die Zustandserfassung der Straßen- und Wegeflächen und die Frostschadensbeurteilung sowie andererseits die vielen Tempo-30-Schilder, die dann aufgestellt werden, wenn aufgrund des Straßenzustandes die Sicherheit für den Verkehrsablauf gefährdet ist.

Die Ansätze für die Straßenunterhaltung sind weiterhin nicht auskömmlich, deshalb wird die CDU-Gemeinderatsfraktion zusätzliche Mittel in Höhe von 2,75 Mio. Euro für die nächsten vier Jahre beantragen.

11.3 Ausbau des Radwegenetzes

Die CDU-Gemeinderatsfraktion unterstützt das 21-Punkteprogramm für mehr Radverkehr. Für eine Steigerung des Radverkehrsanteils von 15% auf 20% des gesamten Verkehrsaufkommens, wie es als Ziel definiert wurde, ist es notwendig, das Wegenetz für Radfahrer weiter auszubauen. Dennoch befürwortet die CDU-Gemeinderatsfraktion nicht alle Maßnahmen. Bis heute konnte die Verwaltung nicht nachweisen, dass ein 5 Mio. Euro teurer Radweg in der Bismarckstraße sinnvoll ist. Nach Auffassung der CDU-Gemeinderatsfraktion ist die hoch frequentierte Straße zu den beiden Rheinbrücken bereits heute sehr eng und bietet keinen Platz für einen Radweg. Jede weitere Verengung führt zu einer Verschlechterung des Verkehrsflusses am Knoten Kaisering/Bismarckstraße mit seiner täglichen Belastung von 57.500 Kraftfahrzeugen. Darüber hinaus existiert hinter der Schlossuniversität bereits ein Radweg bis zum Hauptbahnhof, den man mit deutlich geringerem finanziellen Aufwand ausbauen könnte.

Wir begrüßen aber die Einführung eines einheitlichen Fahrrad-Verleihsystems in den drei Oberzentren der Metropolregion Rhein-Neckar um die Nutzung des Fahrrades zu fördern.

11.4 Optimierung der innerstädtischen Verkehrsinfrastruktur

Die CDU-Gemeinderatsfraktion bleibt bei ihrer Überzeugung, dass das bestehende Bundesstraßensystem zur Innenstadt (B 36, B 37, B 38 und B 44) langfristig mit Tangententrassen miteinander verknüpft werden muss, welche vor allem die verschiedenen Innenstadtring-Abschnitte vom überregionalen Schwerlastverkehr entlastet. Auch die Herausforderungen durch die Konversionsgebiete fordern uns auf darüber nachzudenken, wie die Verkehrsinfrastruktur in unserer Stadt bedarfsgerecht verändert werden muss.

Die Prioritätsfestlegung der letzten Jahre zur Verlegung der Südtangente als Voraussetzung zur Weiterentwicklung des Glückstein-Quartiers hatte immer die Unterstützung der CDU-Gemeinderatsfraktion. Diese schafft aber keine wesentliche Verbesserung im innerstädtischen Verkehrsfluss.

Für die Westtangente wurden im Rahmen der Etatberatungen 2008 deutliche Ausbauakzente (Kosten 1. Bauabschnitt in Mannheim-Sandhofen ca. 29 Mio. Euro) im Interesse unserer Wirtschaft und zur Entlastung der innerstädtischen Wohngebiete ab dem Jahr 2011 gesetzt, welche bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 aus dem Haushalt genommen wurden und bis heute auch nicht mehr hineingekommen sind. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat diese Projektverlagerung damals in spätere Haushaltsjahre mitgetragen, obwohl die täglich erfahrbare Verkehrssituation im Mannheimer Norden nunmehr seit über 25 Jahren dringend einer Neugestaltung bei dieser wichtigen Verkehrsachse Richtung Norden notwendig macht. Nach Abschluss der Baumaßnahme Südtangente ist es jetzt geboten, das Projekt Westtangente wieder in Angriff zu nehmen.

Die Intention der Verwaltung den Kaiserring vom Hauptbahnhof bis zum Wasserturm mit seinen 57.500 Kraftfahrzeugen täglich zum „Boulevard Kaiserring“ umzubauen und dabei die heutigen Fahrspuren für den Individualverkehr zu reduzieren und die Zufahrten zur Innenstadt und zur Schwetzingenstadt einzuschränken, lehnt die CDU-Gemeinderatsfraktion mit aller Entschiedenheit ab.

11.5 Brückensanierungen

Mannheim ist auf besonders gute und funktionsfähige Brücken angewiesen.

Mehrfach hat die CDU-Gemeinderatsfraktion die Bedeutung der Brücken für unsere

Stadt hervorgehoben. In diesem Zusammenhang wurden große Herausforderungen in Mannheim in den vergangenen Jahren gemeistert. Die Neubauten Friedrich-Ebert-Brücke, des Neckarauer Übergangs, die L597–Brücke über die B38 bei Käfertal/Vogelstang und der Brückenneubau über die Riedbahn (L 597–Waldstraße) sowie die Sanierungen bei der Kurpfalzbrücke, der Jungbuschbrücke und am Brückenkopf der Kurt-Schumacher-Brücke stehen exemplarisch dafür. Große finanzielle Mittel mussten und müssen eingesetzt werden um die Funktionsfähigkeit der städtischen Infrastruktur zu erhalten.

Wenn auch nur ein kleiner Abschnitt auf den Brücken grundlegend saniert wird, wie das gegenwärtig bei der Abfahrt der Kurt-Schumacher-Brücke und der Jungbuschbrücke der Fall ist, sind tägliche Staus auf allen westlichen Ringabschnitten, der Bismarckstraße und auf der Südtangente die Folge. Dies wird sich noch dramatisch verschlechtern, wenn in Ludwigshafen die Hochstraße-Nord saniert oder ebenerdig neu gebaut wird. Im Gegensatz zum Oberbürgermeister und der Stadtverwaltung ist die CDU-Gemeinderatsfraktion der Auffassung, dass das zukünftige Verkehrsaufkommen über die bisher vorhandenen Brücken nach Ludwigshafen nicht mehr aufgenommen werden kann.

11.6 Optimierung des Autobahnnetzes auf Mannheimer Gemarkung

Für unsere Stadt ist es von hohem Interesse, dass das Vorhaben aus dem neuen Einheitlichen Regionalplan hinsichtlich des 3-spurigen Ausbaus der A 6 von der linksrheinischen Seite bei Sandhofen kommend bis zum Viernheimer Dreieck sowie der Strecke vom Mannheimer Kreuz bis zum Autobahndreieck Hockenheim in Angriff genommen werden.

11.7 ÖPNV – Trassenoptimierung in unserer Stadt

Im Zuge des Programms MVG 2000 wurde nicht nur das „rollende Material“ auf zeitgemäßen Kundenbedarf ausgerichtet, sondern auch der Trassenausbau und die Einführung des 10-Minuten-Taktverkehrs gemeistert. In Folge dieser Konzeption haben in der Vergangenheit drei große Projekte im Bereich des schienenengebundenen ÖPNV-Netzes in unserer Stadt ganz entscheidend zur Attraktivität beigetragen.

- die sogenannte „B-Linie“ vom Hauptbahnhof nach Neckarau-West

- der Ringschluss über Neuhermsheim zur SAP-Arena und zum Maimarktgelände
- sowie die sogenannte „Schafweidenspange“ in der Neckarstadt-Ost im Zuge der Umgestaltung des Alten Messplatzes.

Dadurch wurde ein wettbewerbsfähiges Stadtbahnliniennetz geschaffen, welches ganz erheblich zur Begrenzung des Zuwachses beim Individualverkehr beigetragen hat. Die Trassenoptimierung gilt es nunmehr, mit Blick auf die Bund-Länder-Vereinbarung zur künftigen Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen bis zum Auslaufen dieser Vereinbarung fortzuführen. Die Anbindung für die Stadtteile nördlich der östlichen Riedbahn (Gartenstadt, Käfertal-Nord, Waldhof-Ost, Käfertal-Speckweggebiet und Waldhof-Speckweggebiet) und ihren ca. 50.000 Einwohnern im Umfeld der beiden Trassenäste hat ein Volumen von ca. 75 Mio. Euro und bedeutet einen wichtigen Lückenschluss in unserem Stadtbahnnetz

Ein weiterer Meilenstein hinsichtlich der Attraktivierung des ÖPNVs ist die Einführung des 20-Minuten-Taktverkehrs bis in die späten Abendstunden. Damit wird der überwiegenden Mehrheit der Bürgerschaft in allen Stadtteilen die Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben in der Innenstadt mit seinen vielfältigen Angeboten ganz erheblich verbessert.

11.8 S-Bahn Rhein-Neckar stärkt das Oberzentrum Mannheim:

Mit großem Engagement unterstützt die CDU-Gemeinderatsfraktion den VRN beim weiteren Ausbau der S-Bahn im gesamten Rhein-Neckar-Raum. Seit der Inbetriebnahme am 14.12.2003 hat sich die S-Bahn Rhein-Neckar über drei Bundesländer hinweg als modernes, attraktives, schienengebundenes Verkehrsband entwickelt, das ganz entscheidend zur Stärkung der zentralen Funktion unserer Stadt beigetragen hat. Bis zum Ende des Jahres 2017 gilt es nun die zweite Ausbaustufe mit ihren Nord-Süd-Trassen zu realisieren. Nur so wird das schienengebundene SPNV-Angebot seine Aufgabe zum Nutzen der Bevölkerung des siebtgrößten Ballungsraumes in Deutschland voll entfalten können.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion ist sehr erfreut darüber, dass es in den letzten Jahren gelungen ist, eine gemeinsame Finanzierung hinsichtlich der Planungskosten für das Herzstück der S-Bahn Rhein-Neckar sowie den weiteren Nord-Süd-

Trassenabschnitten herbeizuführen. Aus unserer Sicht ist dies ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der schienengebundenen Infrastruktur in der Metropolregion Rhein-Neckar und gleichermaßen ein Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz und zur Förderung des Umstiegs vom Individualverkehr zu einem hochattraktiven Nahverkehrsangebot auf der Schiene. Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei die erforderlichen Ausbaumaßnahmen der S-Bahn-Haltepunkte in unserer Stadt, nachdem die Wirtschaftlichkeitsnachweise für die weiteren Trassen erbracht werden konnten. In diesem Kontext ist die Ertüchtigung mehrerer Bahnstationen, wie beispielsweise der Kompaktbahnhof in Neckarau vorgesehen sowie ein neuer Haltepunkt an der Östlichen Riedbahntrasse in Neuostheim bei der Theodor-Heuss-Anlage. Vor allem die heutige Station Rangierbahnhof und die damit geschaffene unmittelbare Erreichbarkeit des Maimarktgeländes sowie der SAP-Arena war ein wesentlicher Baustein der letzten Jahre.

11.9 Stärkung des Bahnknotens Mannheim

Die ICE-Neubautrasse einschließlich ihrer Chancen zur Optimierung der Güterverkehrspotentiale, die von der CDU-Gemeinderatsfraktion, der CDU-Fraktion in der Metropolregion Rhein-Neckar gemeinsam mit anderen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen tatkräftig vorangetrieben wird, bedarf der baldigen Realisierung damit der Lückenschluss im Hochgeschwindigkeitsnetz zwischen Frankfurt und Mannheim mit Vollanbindung des Hauptbahnhofes Mannheim erfolgen kann und zugleich die Synergieeffekte für den Gütertransport über den Rangierbahnhof Mannheim eintreten können.

Damit der zentrale Fernverkehrsumsteigeplatz Mannheim für die Region, das Land Baden-Württemberg und die angrenzenden Länder Rheinland-Pfalz, Hessen und das Saarland voll zur Geltung gebracht werden kann ist der rasche Ausbau des Hauptbahnhofes Mannheim durch die DB AG ebenso zwingend erforderlich wie der weitere Ausbau des Rangierbahnhofes Mannheim. Nur so können der Hauptbahnhof Mannheim einerseits, mit seiner wichtigen Verteilerfunktion in alle Himmelsrichtungen beim Personenfernverkehr und der Rangierbahnhof Mannheim andererseits mit seiner bedeutenden Umschlagsfunktion im süddeutschen Raum ihre erforderlichen Leistungspotentiale voll entfalten. In diesem Zusammenhang sei an die seit Sommer 2007 in Betrieb befindliche Anbindung der DB AG-Hochgeschwindigkeitstrasse durch den Pfälzer Wald über Saarbrücken an das Hochgeschwindigkeitsnetz des TGV

nach Paris erinnert, mit dem der Hauptbahnhof Mannheim zu einem zentralen Umsteigeplatz im deutschen und europäischen Fernverkehrsnetz für den TGV bereits geworden ist. Mit dem Blick auf den weiteren Ausbau des Güterverkehrskorridors Rotterdam–Genua ist auch der Rangierbahnhof Mannheim als bedeutender Teil der europäischen Güterverkehrstrassen mit seiner hohen Bedeutung als Güterumschlagsplatz zukunftsgerecht zu gestalten.

Eingleisige Riedbahnbrücke, Nadelöhr für den Betrieb der DB AG

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens Mannheim und dem Bau der Nord-Süd-Trassen der S-Bahn Rhein-Neckar ist der rasche Neubau des stillgelegten zweiten Gleises auf der Östlichen Riedbahntrasse und der Riedbahnbrücke über den Neckar und den Neckarkanal zu realisieren. Nicht nur weil dieser Neubau für die Errichtung eines neuen S-Bahn-Haltepunktes an der Theodor-Heuss-Anlage geboten ist, sondern weil diese Strecke zunehmend für den Personenfernverkehr in den Hauptbahnhof Mannheim (TGV-Trasse) und überwiegend für den Güterfernverkehr zum Rangierbahnhof genutzt wird. Für die CDU-Gemeinderatsfraktion ist es wichtig, dass mit dem Ausbau auch der Schutz der Bürgerschaft durch die Errichtung von innovativen Lärmschutzmaßnahmen entlang der gesamten Strecke einhergeht.

11.10 Hafen- / Wasserstraßenausbau

Der Mannheimer Hafen nimmt im wirtschaftlichen Geflecht unserer Stadt eine bedeutende Rolle ein. Insbesondere als Logistikstandort gehört er nach Auffassung des Fraunhofer-Instituts zu den beiden bedeutendsten Standorten in ganz Süddeutschland. Deshalb unterstützt die CDU-Gemeinderatsfraktion den Schleusenausbau auf dem Neckar. Denn es entspricht unserer Intention mit allen Kräften dazu beizutragen, dass zum Transport von Gütern und Waren, so viel als möglich die ökologisch und ökonomisch sinnvollste Gütertransportform, das Schiff, genutzt wird. In diesem Kontext ist auch der intensive Ausbau des Rottdamer Hafens und in dessen Folge die zusätzlichen Frachtverkehre auf dem Rhein und seinen schiffbaren Nebenflüssen zu sehen. Es stellt sich die Frage, ob der heutige Hafenumschlagsplatz Mannheim mit seinen Kapazitäten ausreicht, um dieses voraussichtlich neue Binnenschiffahrtspotential zu bewältigen oder ob weitere Umschlagskapazitäten entlang des Rheins, beispielsweise auf der Friesenheimer Insel geschaffen werden müssen.

12 Sport

Sport ist ein fester Bestandteil des schulischen und gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt. Der demographische Wandel wird die Zukunft des Sports prägen und vor neue Herausforderungen stellen. Eine ältere Klientel in den Sportvereinen, ökonomische Zwänge wie längere Arbeitszeiten und ein schlechteres Umfeld zieht auch eine veränderte Motivation nach sich. Gesund sein und bleiben, vor allem im Alter, wird künftig noch mehr die Antriebsfeder für das Sporttreiben sein. Ebenso physische und psychische Wohlfühlfaktoren, aber auch die kommunikative Komponente sind Pluspunkte, die für den Sport in Vereinen sprechen.

Weiterhin gilt es auch Kinder und Jugendliche für den Sport zu begeistern und zur Bewegung als selbstverständliche Alltagsbeschäftigung zu erziehen. Lebenslanges Bewegen als Präventionsmaßnahme ist ein lohnendes Ziel nicht nur für jeden Einzelnen, sondern auch für die Vereine.

12.1 Vereine fördern und Ehrenamtliche unterstützen

Die 290 Mannheimer Sportvereine mit ihren über 65.000 Mitgliedern leisten einen unverzichtbaren Dienst in unserer Gesellschaft. Etwa 20.000 Jugendliche in den Vereinen sind jünger als 15 Jahre. Damit leisten die Sportvereine einen bedeutenden Beitrag zur Jugendarbeit in unserer Stadt. Gerade Vereine mit einem familienfreundlichen Profil müssen in ihrem Bemühen zukünftig noch stärker unterstützt werden. Die zahlreichen Mannheimer Sportvereine organisieren das Sportangebot in unserer Stadt und stellen Übungsleiter, Trainerinnen und Trainer zur Verfügung. Ehrenamtliches Engagement ist schon immer die tragende Säule und Stärke der Vereinsbewegung. Sport ist neben Kultur, Religion und Kindergarten/Schule quantitativ der mit Abstand bedeutendste Bereich der Freiwilligenarbeit in unserer Stadt. Personen für Ämter und eine regelmäßige Mitarbeit in den Vereinen zu gewinnen wird immer schwieriger. Es kommen immer mehr Aufgaben auf die Ehrenamtlichen zu.

12.2 Sportstättenentwicklung

Über 450 Sportstätten und -anlagen bilden die materielle Basis für den lokalen Sportbetrieb in Mannheim. Sportstätten sind nach wie vor die entscheidende

Ressource der Vereine. Der Bau und die Unterhaltung von Sportstätten sind deshalb Kernaufgaben der kommunalen Sportförderung und der Stadtentwicklung in Mannheim. Dabei sollten verstärkt Anforderungen einer multifunktionalen Nutzung für den Breiten-, Freizeit- und Gesundheitssport berücksichtigt werden. Die Gestaltung von Bewegungsräumen in der Stadt hat hohe Priorität und sollte unter Mitwirkung von Sportvereinen erfolgen. Das dies weiterhin so geschehen kann und die Vereine auch zukünftig dringend nötige Investitionen durchführen können, müssen die Zuschüsse ab dem Haushaltsjahr 2015 um 600.000 Euro auf 1 Mio. Euro jährlich erhöht werden. Nur so bleibt die Stadt Mannheim in der Lage, den Vereinen zeitnah die benötigten Zuschüsse zu gewähren und sie in ihrer sportlichen Arbeit hilfreich zu entlasten.

Auch Sportvereine die Kooperationen oder Fusionen schließen, um gemeinsame Kräfte zu bündeln, sollen eine finanzielle Sonderförderung erhalten. Gleiches gilt für Sportvereine, die auf Grund städtebaulicher Entwicklungen gezwungen sind ihre Vereinsanlage zu verlegen.

Viele Mannheimer Sport- und Freizeitanlagen sind in die Jahre gekommen und bedürfen Sanierungsmaßnahmen um sie zukünftig weiter zu erhalten. Gerade einige Bezirkssportanlagen sind davon betroffen und werden zum Teil von Sportvereinen weiter geführt und mit viel ehrenamtlichen Engagement in Stand gehalten. Doch größere Sanierungsmaßnahmen lassen sich nicht weiter aufschieben und müssen dringend behoben werden. Keinesfalls darf der städtische Sanierungsstau den Spielbetrieb von Vereinen gefährden.

12.3 Energiekosten und Pflegezuschüsse für Vereinssportanlagen

Die Mannheimer Sportvereine benötigen zukünftig einen höheren Zuschuss für die Unterhaltung ihrer Sportstätten. Dies gilt auch für Vereine, die in der Vergangenheit städtische Sportanlagen übernommen haben und feststellen mussten, dass sie mit den zu geringen städtischen Zuschüssen dies nicht bewältigen können. Vereine, die besonders große Anlagen zur Ausrichtung von Sportveranstaltungen bewirtschaften, wie der Mannheimer Rennsportverein in Seckenheim oder der RRC-Endspurt mit der Radrennbahn, sollen durch die Stadt stärker unterstützt werden, damit die familienfreundlichen Renntage weiter uneingeschränkt durchgeführt werden können.

Die in den vergangenen Jahren ständig gestiegenen Energiekosten sind die großen Kostentreiber der Sportvereine und belasten diese enorm. Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, dass die städtische Tochtergesellschaft MVV Energie AG die begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten vieler Mannheimer Sportvereine berücksichtigt und die Bereitstellung von Sondertarifen für Sportvereine prüft.

12.4 Sportstättenkonzepte für Mannheim und einzelne Stadtteile

Seit langem fordert die CDU-Fraktion ein Sportentwicklungskonzept für die zukünftige Ausrichtung der Sportstätten in Mannheim, insbesondere in den Vororten wie zum Beispiel in Seckenheim. Aber auch Lösungen für die Strukturveränderungen der Sportanlagen der fusionierten Vereine VFL und Kurpfalz Neckarau müssen gesucht und gefunden werden.

Die CDU-Fraktion setzt sich, auch im Hinblick auf die geplante BUGA, für die Weiterentwicklung des Sportparks Pfeifferswörth/Neckarplatt mit Leistungssportzentrum und Olympiastützpunkt ein. Die Parksituation und die Straßenführung müssen verbessert werden.

12.5 Weiterentwicklung der Bäderkonzeption

Die Fraktion hat sich erfolgreich für den Erhalt und die Weiterführung der bestehenden Schwimmbäder in Mannheim eingesetzt. Wir begrüßen die Einrichtung des Arbeitskreises Bäder um die Weiterentwicklung fortzuschreiben. Die Mannheimer Schwimmbäder müssen auf den aktuellen Sanierungsbedarf geprüft werden. Für eine zukünftige Weiterführung der beliebten Einrichtungen sollen nötige Sanierungen und eine Attraktivierung erfolgen. Das wertvolle Freizeitangebot für Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für Familien, darf keinesfalls durch Schließungen eingeschränkt werden. Neben Freizeitschwimmen soll zukünftig dem Schulschwimmen und dem Vereinsschwimmsport eine größere Bedeutung und mehr Belegungszeiten eingeräumt werden. Das von der CDU beantragte Gesamtnutzungskonzept für das Herschelbad muss nun endgültig dem Gemeinderat vorgestellt und umgesetzt werden. Die bereits seit langem anstehenden Sanierungsarbeiten im Technik- und Innenbereich sind umgehend anzugehen.

12.6 Freizeitsport, vereinsgebundener Breitensport und Hochleistungssport

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger gestalten ihr Sport- und Freizeitprogramm individuell. Das bedeutet, dass die Stadt hierfür ein attraktives Angebot vorhalten muss. So sollen bestehende Rad- und Laufwege für Freizeitsportler in Stand gehalten und ausgebaut werden. Die Sportvereine sollen in die Planungen mit einbezogen werden. Mannheim ist bundesweit für erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler sowie für ausgezeichneten Mannschaftssport bekannt. Zahlreiche deutsche Meisterschaften, erfolgreiche Olympia-, Welt- und Europameisterschaften stehen für Hochleistungssport in unserer Stadt. Damit dies auch weiterhin so erfolgreich sein kann unterstützt die CDU-Fraktion die Olympiastützpunkte und Sport-Leistungszentren in Mannheim. Sie garantieren eine erfolgreiche Sportarbeit und tragen dazu bei, das Image der Stadt zu stärken.

12.7 Sport auf Konversionsflächen

Die CDU-Gemeinderatsfraktion unterstützt die Ideensammlung der Bürgerschaft und von den Vereinen für eine zukünftige Neuausrichtung von Sport und Freizeit im Landschaftspark Rhein-Neckar für individuellen Freizeit- und Vereinssport.

Auf dem heutigen Coleman-Gelände könnten Freizeit-, Trend- und Vereinssport miteinander verknüpft werden. In der Benjamin-Franklin-Kaserne sind bereits Sportanlagen inklusive einer Sporthalle vorhanden, die Nach- bzw. Umnutzung dieser Anlagen bieten vielfältige Chancen einen weiteren Sportpark für Mannheim entstehen zu lassen.

12.8 Schulsport

Sport und Bewegung sind ein wesentlicher Bestandteil einer ganzheitlichen Erziehung und Entwicklung. Dabei spielen die vorschulische Bewegungserziehung und der Schulsport eine zentrale Rolle. Daher ist Schulsport mit einem Mindestmaß an Wochenstunden in allen Schulstufen festzulegen. Ein Problem im Schulsport entwickelt sich zunehmend durch das Etablieren der Ganztageschule, durch die sich Schule und Verein auch nachmittags in der Nutzung der Sportstätten Konkurrenz machen und damit die Problematik der Verfügbarkeit der Sportstätten verstärkt wird. Es muss gewährleistet sein, dass genügend Sportflächen und ausreichende Bäderzeiten für den Schwimmunterricht vorgehalten werden. Die CDU-

Fraktion fordert daher den Vereins- und Schulsport inhaltlich und personell besser zu vernetzen.

12.9 Internationale Sportveranstaltungen

Im Jahr 2013 hat Mannheim gemeinsam mit der Region mit dem Internationalen Deutschen Turnfest die größte gemeinschaftliche Sportveranstaltung unseres Landes beherbergt. Trotz des schlechten Wetters haben wir uns als Sportstadt hervorragend präsentiert.

Wir freuen uns, dass es gelungen ist, für 2015 mit dem CHIO eine international herausragende Reitveranstaltung nach Mannheim zu bekommen. Die dafür eingestellten 300.000 Euro finden unsere vollste Unterstützung.

Die alljährlich stattfindenden nationalen und internationalen Sportveranstaltungen sind wichtige Bestandteile der Außendarstellung der Stadt Mannheim und tragen zum guten Image bei. Mit den bereit gestellten Ausfallgebühren sichern wir die Durchführung des internationalen Albert- Schweitzer- Basketball Turniers, das Maimarkt Reit- Turnier, die DLV Junioren Gala, das Franco-Troncone-Damen Tennis-Turnier, die Oberrheinischen Frühregatta, das Internationales Damen-Degen-Turnier und das 4 Nationen Hockey-Turnier für U 16 und U 18 Mannschaften. Die CDU Fraktion fordert weiterhin die Beibehaltung der bisher gewährten Zuschüsse. Denn Kürzungen der bereits beantragten Ausfallgarantien würden die Austragung der erfolgreichen Veranstaltungen gefährden.

13 Schlussbemerkung

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dieser Etatrede habe ich die wichtigsten kommunalen Themen angesprochen, die durch den Mannheimer Haushalt berührt werden. Der Haushaltsplanentwurf 2014/2015 findet im Großen und Ganzen unsere Zustimmung. Er basiert auf den Beschlüssen des Gemeinderates der letzten Jahre und lässt aufgrund des hohen Investitionsvolumens wenig Spielraum für neue Projekte zu. Wir werden einige Veränderungen beantragen, da wir von Projekten nicht überzeugt sind oder andere Prioritäten beim zeitlichen Ablauf haben.

Wie bei allen Haushaltsberatungen müssen wir mit gewissen Risiken im Hinblick auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung, von der unsere Einnahmesituation abhängt, und die Beschlüsse von Bund und Land, die in der Regel unsere Ausgabensituation beeinflussen, zurechtkommen und unsere eigenen Hausaufgaben machen, denn dafür haben uns die Bürger unserer Stadt gewählt.

Für die Arbeiten an dieser Etatrede bedanke ich mich bei den Sprechern meiner Fraktion für ihre Beiträge und besonders bei unserem Fraktionsgeschäftsführer Matthias Sandel und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der CDU-Fraktionsgeschäftsstelle für deren Unterstützung bei der Erstellung dieser Etatrede.

Lassen Sie mich abschließend den Dank der CDU-Gemeinderatsfraktion für die von der Verwaltung geleisteten Vorarbeiten, insbesondere durch das Kämmereiamt unter Leitung von Herrn Manhardt, zum Ausdruck bringen. Unser allgemeiner Dank gilt aber auch sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kompletten Stadtverwaltung, die täglich im Dienste der Bürgerinnen und Bürger tätig sind.

Ich wünsche dem Gemeinderat und der Verwaltung konstruktive Etatberatungen in hoffentlich deutlich entspannterer Atmosphäre als beim letzten Mal.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort

Die nicht gesprochenen Passagen wurden zu Protokoll gegeben.

Herausgeber:

CDU-Gemeinderatsfraktion Mannheim,

E 5 Rathaus

Postfach 10 30 51

68030 Mannheim

Tel.: 0621-293-2190

Fax: 0621-293-9440

E-Mail cdu@mannheim.de

Internet www.cdu-mannheim.de

Fotos:

Titel: Thomas Henne

Agentur für Werbung und PR

Layout:

zaubzer.de



CDU-Gemeinderatsfraktion



Facebook



Website